

Erstreckt täglich außer Montag... Abonnement-Preis für Berlin...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitzeile...

Verantwortlicher: Amt G, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Reuth-Strasse 2.

Dienstag, den 17. Februar 1891.

Expedition: Reuth-Strasse 3.

zur Landagitacion.

I.

1. Die sozialen Gegensätze auf dem Lande.

Wird es der Sozialdemokratie gelingen, das platte Land zu erobern... Diese Fragen harren ihrer Lösung.

In den meisten Landstrichen sind die sozialen Gegensätze die denkbar schärfsten... auf der einen Seite der Besitzer großer Grundstücke...

Wir haben seit Jahren die Klagen der Herren Fürsten, Grafen und Barone im Reichstage gehört über den schlechten Stand der Landwirtschaft...

Sehr oft lebt der Herr Graf jahraus, jahrein in der Hauptstadt... die Lohnarbeiter zu Hause besorgen die Verwaltung...

Wohnt der „Gnädige“ auf seinen Gütern, so lebt er auch hier wie „Gott in Frankreich“...

Wir veröffentlichen vorstehenden werthvollen Artikel eines vom Lande stammenden städtischen Arbeiters...

können. Daß er seine Tage schöner zubringt als der Arbeiter, wird uns selbst der Herr Graf glauben...

Recht schneidige Herren vertreiben sich die Zeit wohl auch mit dem Prügeln der Leute... Gott sei's gedankt...

Was nun die finanzielle Lage der Herren betrifft, so ist diese natürlich keine schlechte. Das Getreide auf den großen Gütern steht besser...

industriellen, und wie hier immer mehr und mehr das Klein-gewerbe verdrängt wird durch den Großbetrieb...

Die Herren Agrarier jammern über die Dezinirung der Bauerngüter...

Zur weiteren Beurtheilung der finanziellen Lage der Großgrundbesitzer gilt die Thatsache...

Besehen wir uns dagegen die wirtschaftlichen Lebens-verhältnisse des Landarbeiters!

Unsere Dichter liefern uns in Poesie und Prosa schöne romantische Schilderungen des Landlebens...

Der Arbeiter erhielt niemals den Ertrag seiner Arbeit bezahlt und dies jezt noch weniger als früher...

Feuilleton.

Wachsthum verboten.

[40]

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Natürlich schimpften sie auf ihn im „Morgenblatt“ und verfolgten ihn und verschlossen ihm die Universität...

Uchermann erklärte. Sie kannte sich nicht recht aus; er war so unbestimmt; man brachte ihn so schwer dazu...

existierte, der allwissend und gut ist? — Sie konnte im Moment nicht antworten...

Das wurde eine fürchterliche Zeit in Beziehung auf die Politik; Norwegens Freiheit stand auf dem Spiel...

Fanny wurde mitgerissen. Johann Sverdrup ward das Ziel ihrer Begeisterung. Endlich ein Mann!

Das absolute Veto — das Recht des Königs, durch seine Nichtannahme eines Stortingbeschlusses diesen für immer ungültig zu machen...

Sverdrup! er lebe, er siege! — Und am Tage des Sieges, da würde er auf dem höchsten Platze stehen...

Es war schrecklich, im Laden zu stehen und zu schweigen, wenn die prohigen Großbauern aus den fetten Norwegenden sich da ausbreiteten...

sieh'n wie ein Napolibom auf Norweg's Kapitolibom

Die reine Flagge = die Flagge ohne Unionzeichen.

suchen. Der Lohn des ländlichen Arbeiters an Geld ist so gering, daß davon nur die nothwendigsten und billigsten Kleidungsstücke angeschafft werden können und die Naturallohnung ist so geringwerthig, daß die Bedürfnisse des Magens mit den einfachsten und schlechtesten Speisen befriedigt werden müssen, von den Bedürfnissen des Gaumens ganz zu schweigen. Die Hauptnahrung bilden natürlich die Kartoffeln, die aber nicht etwa vom Herrn geliefert werden — der Arbeiter erhält ein Stück Land und hier kann er seine Kartoffeln setzen, hacken und graben, welche Arbeit aber nach Feierabend, d. h. wenn die Sonne untergegangen, und Sonntags besorgt werden muß. — Das Brotmehl erhalten sie sehr oft vermischt mit minderwerthigem Mehl, so mit Hafer, Gerste und anderem Mehl. Füttert der Arbeiter ein oder zwei Ferkel, so geschieht es nur, um durch deren Verkauf seinem nicht ausreichenden Lohn etwas zulegen zu können, nur eins wird geschlachtet; dieses Schweinchen muß nun das ganze Jahr aushalten, die Mahlzeiten anzusetzen, — Fleisch kommt deshalb selten auf den Mittagstisch, der höchstens an den Feiertagen solches aufweist. Gewöhnlich dürfen die Leute sich auch eine Kuh halten, welche natürlich ihr Geld kostet. Sehr übel stehen die Leute da, wenn ihnen ihr Hauptvermögen, die Kuh, krepiert, was oft genug vorkommt, da sie ihres geringen Geldes wegen nur alte und schlecht genährte Thiere kaufen können. Das Gesagte gilt aber nur von solchen Insulanten, die gute und feste Stellen haben; — die Tagelöhner, welche zwar beim Herrn wohnen, aber nur theilweise bei ihm arbeiten — sie müssen sich verpflichten, in der Ernte nur für ihn zu schmarotzen — können sich das Füttern einer Kuh nicht leisten, da sie kein Futter erhalten und auch ihres unsicheren Arbeitsverdienstes wegen zu arm sind — höchstens ein Schweinchen zum Verkauf füttern sie an. Auf vielen Gütern mußten auch die Kühe abgeschafft werden, weil den Herrn das Futter zu kostspielig ist, und die Leute müssen sich eine Quantität Milch vom Herrnhofe holen. . . .

Wie die Fabrikanten und Unternehmer ohne und mit Organisation gemeinsame Bestimmungen treffen, so auch die Großgrundbesitzer eines Bezirks, sie kommen eines Tages im Kasino der nächsten Stadt zusammen und beschließen — natürlich niemals Lohnzulage — das Abschaffen dieser und jener Vergünstigung, wie das Halten einer Kuh, oder sie verpflichten sich, den Leuten das Berensammeln im Walde zu verbieten, natürlich aus Humanität, denn beim Jagen könnten sie sehr leicht statt der Hasen und Fische die Beerenfammer anschleichen. . . .

Das Menu des Landproletariats ist das denkbar einfachste; die Recepte zu billigen Mittagstischen, welche nationalökonomische Schlaumeier den Arbeitern des öfteren dargeboten, sind wahrscheinlich von dort entnommen; — Morgens Suppe und Kartoffeln, Mittags Kartoffeln mit Fettknute und Suppe, Abends Kartoffeln und Suppe, zuweilen auch Hering — im Winter aber tunken die Leute mit zahlreicher Familie die Kartoffeln in Salz oder Heringsslake. . . .

Die Wohnung, eine Stube, befindet sich gewöhnlich in einem alten Lehm- oder Holzhaus, sie ist gradezu abscheulich und ungesund, von den Wänden trieft das Wasser, sie haben eine schmutzige dunkle Farbe, weil sich der Dampf vom Kochherd, auf welchem das Essen, wie auch das Schweinefutter gekocht wird, daran setzt. — Die Fenster sind klein und niedrig, der Fußboden von festgestampftem Lehm, der es nicht verhindert, daß bei nassem Wetter die Stube voller Schmutz und Schlamm liegt. — Manche Dörfer bestehen noch ganz aus solchen alten Lehmhäusern, während in andern auch schon Ziegelhäuser gebaut sind; in diesen findet man Holzdielen und eine bessere Einrichtung — aber so rasch wird nicht gebaut, so lange die alte Hütte noch nicht umfällt oder einzusinken droht, wird sie auch bewohnt. Und welche Genüsse bietet das Leben des Landproletariats; vielleicht geht er des Sonntags Nachmittag (im Winter) nach dem Krug, wo er bei einer Pfeife selbstgebackenen Tabak, für 10—20 Pf. Schnaps trinkt, das einzige Genußmittel, das ihm die gnädigen Herren aber noch nicht gönnen, denn die Klagen über die Trunksucht der Arbeiter mußten als moralische Rechtfertigung der Branntweinsteuer herhalten, die den Branntwein so verteuert hat, daß heute auf dem Lande der schlechteste Fusel getrunken werden muß. . . .

Die gedrückte Stellung des ländlichen Lohnarbeiters hat ihn mit dem Gefühl einer Rechtsunsicherheit erfüllt, daß ihn zu einem verschloffenen und mißtrauischen Menschen gemacht hat. . . . Die Schwierigkeiten sind groß, wenn

er sich Recht verschaffen will; das Dienstverhältnis darf er nicht verlassen, will er sich nicht der Gefahr aussetzen, zu Haft verurtheilt und von der Polizei seinem Herrn wieder überwiesen zu werden; er müßte den selben verklagen und im Dienst bleiben, er müßte sich freie Zeit erwirken und was die Hauptsache ist, er müßte auch Geld haben, einen Prozeß führen zu können. Der Herr ist vielleicht selbst Schiedsrichter oder Amtmann des Bezirks — wenn es nun auch einen Weg giebt, diesen zu verklagen, so ist dem Arbeiter dieser Weg nicht bekannt und so kommt es, daß fast nie eine Klage von Leuten gegen den Herrn anhängig gemacht wird, er mag sie nun beleidigt, geschlagen oder betrogen haben — ein Gefühl von Rechtlosigkeit hat den Proletarier auf dem Lande erfaßt, ungefähr dasselbe Gefühl, welches den russischen Bauern sagen läßt: „Der Himmel ist hoch und der Herr ist weit.“ Das Mißtrauen gegen die großen Herren offenbart sich in ihren Sprichwörtern: „Mit großen Herren ist schlecht Rischen essen“ und „Eine Krähe haßt der anderen die Augen nicht aus.“ Hat er es wirklich gemagt, dem Herrn gegenüber sein Recht durchzusetzen, so sorgt sein Dienstbuch oder sein Schein schon dafür, daß er eine neue Stelle sobald nicht bekommt.

Politische Uebersticht.

Berlin, den 16. Februar.

Die heutige Sitzung des Reichstags wurde durch den § 105 o noch vollständig ausgefüllt. Nachdem der Centrumsmann Orterer eine Jeremiade über die böse Sozialdemokratie vom Stapel gelassen, und der Handelsminister von Berlepsch sich ziemlich befriedigend im Sinne der Arbeiterforderungen ausgesprochen hatte, trat „König Stumm“ in der Rolle des Rohrenwäschers auf — und der Mohr, an welchem er mit Schwamm, Bürste, Seife und Bimsstein gewaltig herumarbeitete, das war — „König Stumm“. Der größte Arbeiterfreund auf Erden ist König Stumm; der lieblichste Mensch auf Erden ist König Stumm; der musterhafteste aller Mustermenschen und Musterfabrikanten der Erde ist König Stumm. Das ungefähr war der Inhalt der Rohrenwäscherrede.

Und keiner der Zuhörer, der nicht mit dem Dichter gedacht hätte:

„Die Botschaft hört' ich wohl,
Alein mir fehlt der Glaube!“

Der Volksparteiler Payer, in politischen Fragen ebenso tüchtig, wie in wirtschaftlichen unbenannt, wurde durch das Stumm'sche Hohelied auf die Fabrikanten im Allgemeinen und den Musterrfabrikanten im Besonderen, zu einem glühenden Lobgesang auf den Heiligen Manchester begeistert, in dem natürlich wir armen Sozialdemokraten schlecht wegkamen, so schlecht, daß der sächsische Oberstaatsanwalt Hartmann nicht umhin konnte, das Uebeld eines sündensüchtigen Demokraten zu belobigen. Gefasch ihm recht! Nebel, der hierauf das Wort erhielt, ging zunächst mit Hrn. Payer ins Gericht, der gegen die Sozialdemokratie u. A. den, in manchesterlichen Kreisen stereotypen Vorwurf erhoben hatte, die Sozialisten riefen nach Polizei, präfizirte nach allen Seiten hin den Standpunkt unserer Partei in der Arbeiterfrage und wies, in die Details eingehend, die Verwerflichkeit aller eine Abschwächung der Kontrolle bezweckenden Anträge nach.

Bemerkenswerth war noch die Rede des Centrumsmanns Stöckel, der sich ziemlich auf denselben Boden stellte, wie wir. Er verlangte, daß auch die kleineren Gewerbetreibenden zu Schutzmaßregeln angehalten werden sollten und meinte treffend, daß man uns sonst den umgekehrten Vorwurf des Sprichwortes machen könne, nach welchem die Kleinen die Großen gehängt, die Großen aber unbehelligt gelassen werden.

Schließlich wurde der Paragraph in der Kommissionsfassung mit zwei etwas abschwächenden Amendements des „Kartells“ angenommen. —

„Bekannter oder unbekannter Oberer einer geheimen Verbindung“ im Sinne der famosen §§ 128 und 129 — das schloß gerade noch, um das Maß der Lächerlichkeit voll zu machen, in welchem der Ex-Kanzler

des Deutschen Reichs den letzten Rest seines Ansehens und Rufes zu erkaufen beflissen ist.

Betrachten wir uns einmal die beiden genannten Paragraphen, die uns so wohl im Gedächtnis sind. Sie lauten:

§ 128. Die Theilnahme an einer Verbindung, deren Zweck, Verfassung oder Zweck der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekanntes Obere oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu 6 Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre zu bestrafen.

Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von 1 bis zu 5 Jahren erkannt werden.

§ 129. Die Theilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu 1 Jahr, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 2 Jahren zu bestrafen.

Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von 1 bis zu 5 Jahren erkannt werden.

Es war wahrhaftig nicht nöthig, den problematischen „Geist“ des Herrn Lessendorff herauf zu beschwören — der erste beste Staatsanwalt, der je in einem der zahllosen Geheimbundsprozesse unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, sei es auch in der beschreibenden Rolle, mitgeholfen hat, würde es fertig bringen, den verflochtenen Reichskanzler nebst einem ganzen Rudel seiner Verbindungs-Genossen in den Maschen der beiden Geheimbunds-Paragraphe zu fangen, die für diesen Fall ausdrücklich gemacht zu sein scheinen.

Man hätte also gar nicht nöthig, den Anknüppelparagraphen gegen seinen eigenen Vater anzuwenden, was zwar einen komischen Beigeschmack haben, aber doch dem Betroffenen die unverdiente Ehre eines großen politischen Prozesses vor dem Reichsgericht erzeigen würde.

Das Wesentliche und Widerliche der Wählbarkeit des Ex-Kanzlers ist ja auch gerade, daß sie eine „geheim“ ist, daß sie das Licht scheut, und daß der Veranstalter und Leiter derselben seine Person im Dunkel zu halten sucht. Gätte er nach seinem Sturz sich offen gegen „seinen“ Kaiser erklärt, manhaft die von ihm bisher befolgte Politik gegen seine Nachfolger vertreten, und sich vor aller Welt als Haupt der Opposition bekannt, so würde man bei dem unbedingten Ehrgeiz und Temperament des Mannes dies ganz natürlich gefunden und den rebellischen „Basallen“, wenn nicht mit Sympathie, doch auch nicht mit Verachtung betrachtet haben. Anders jetzt, wo er aus feigem Hinterhalt die kostbarsten Ränke spinn, überall der Politik seines Nachfolgers Verlegenheiten und Feinde zu erwecken sucht, und nicht den Muth hat, die Maske der Anonymität abzulegen.

Wir sind die Letzten, die dem Ex-Kanzler die Ehre eines politischen Prozesses gönnen. Wenn aber einmal zugegriffen werden sollte, dann würde es dem Werthe des Mannes weit besser entsprechen, wenn man ihn mit einem simplen Geheimbundsprozeß abfertigte.

Nach das wäre ein Stück Nemesis. Wie viele eheliche, pflichttreue Menschen hat er auf Grund dieser Paragraphe ins Gefängnis gebracht, bloß weil sie durch ein Ausnahmengesetz, das er seinem eigenen Gehändnis unerbittlich zu persönlich-politischen Zwecken gemacht hatte, sich nicht von der Ausübung ihrer Staatsbürgerrechte abhalten ließen.

Und beide Paragraphe treffen den vorliegenden Fall so gut, daß der Staatsanwalt sich gar nicht ins Zeug zu legen braucht. Alles einschließlich des „unbedingten Gehorsams“, welchen der Ex-Kanzler zu allen Zeiten geordert hat und den „seine Leute“ ihm zu allen Zeiten geleistet haben.

Und hat es jemals eine „notorische“ Thatsache gegeben, so ist es die, daß der erste Kanzler des Deutschen Reichs, seit er nicht mehr an der Spitze der Geschäfte steht, der „bekannte“, aber in Dunkel sich hüllende „Obere“ einer „Verbindung“ ist, welche alle Malfontenten und Reichsfeinde im Reich und außerhalb des Reichs umfaßt, und Maßregeln der Verwaltung und die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften“, und unzweifelhaft den Sturz der jetzigen Regierung herbeizuführen sucht. —

und brauen aus Petrolibom
„nen Toddy uns und euch!“)

Fanny geriet in solche Raserei, daß sie einen Thromboparoxysmus bekam; sie biß sich die Lippen blutig und meinte, sie müsse in Krämpfe verfallen; oh! oh!! Ich wollte, wir kriegen Revolution! Da könnte die Luft doch endlich von all' dieser Nothheit gereinigt werden! —

Der friedliche Alnaes, der erste Kommiss des Ladens, begleitete eines Abends Fanny nach Hause und sprach ernsthaft mit ihr. Er wollte sie bitten, sich ein wenig in Acht zu nehmen. Der alte Horen hatte vernommen, daß sie den Arbeiterverein besuche und er sah nicht gern, daß seine Untergebenen sich mit Politik befaßten. Er war ja ein guter Konservativer und . . . nun, Sie verstehen ja . . . Wohl war Horen selbst ein billiger Mann; allein die Kunden . . . sie würde es vielleicht gar nicht glauben; jedoch der Arbeiterverein war eine öffentliche Stelle; es war bekannt geworden, daß Horen's Ladenmannsellsch sich unter die radikalsten Damen dort drunten mische und mehrere von Horen's Kunden, alte Kunden, die er nicht vor den Kopf stoßen konnte noch wollte, hatten ihm zu verstehen gegeben, sie duldeten so etwas nicht; wenn er Personen dieses Schlages noch ferner in seinem Geschäfte stehen lasse, so wollten sie mit ihm nichts mehr zu schaffen haben. . . . Lachen Sie nicht, Fräulein; was ich Ihnen sage, ist wahr; es herrscht hier eine politische Gährung, die zu furchtbar ist; und der Arbeiterverein . . . die Leute glauben, man arbeite dort für die Republik und die freie Liebe. . . . „Ha, ha, ha, ha!“ — Ja, ich weiß davon nichts; aber die Leute haben nun diese Meinung. . . . Bitte, Fräulein, um Ihrer selbst willen — gehen Sie nicht mehr in den Arbeiterverein! — Fanny geriet in Empörung; sie wollte ihre Ueberzeugung nicht im Stiche lassen aus Rücksicht für das tägliche Brot; als Bürgerin eines freien Landes wollte sie das Recht haben, zu meinen, was ihr beliebte. . . . Entschuldigen Sie, Fräulein; es spricht Niemand von Ihrer Ueberzeugung; allein um des Geschäftes wegen sollten Sie jedenfalls diese „Ueberzeugung“ nicht so stark an den Tag. . . . — „Habe

ich eine Ueberzeugung, so bekeme ich mich auch zu ihr! Sie glauben, Sie dürfen mir bieten, was sie wollen, weil ich nur ein wehrloses Weib bin; aber wenn Horen ein solcher . . . so ist, daß er mir wegen meiner Ueberzeugung die Stelle nimmt, so mag er es thun; ich kann ja nach Amerika gehen, denn ehe ich mich zwingen lasse, meine Ueberzeugung zu verleugnen, bringe ich mich selbst um! — „Ich glaube, Sie sollten sich bedenken, Fräulein,“ sprach Alnaes ruhig; „Sie stellen ja nicht allein; Sie haben eine Mutter; wenn Sie auf sich selbst nicht Rücksicht nehmen wollen, so . . . Aber natürlich hängt das ganz von Ihnen ab; mir dünkte nur, ich müsse Sie warnen; Sie nehmen mir das doch nicht übel? — Guten Abend, Fräulein!“ — Er ging; in nächsten Augenblick hörte er halb unterdrücktes Schluchzen. Er wandte sich zurück; Fanny stand mit dem Taschentuch vor dem Gesicht und weinte, daß ihr ganzer Körper erschütterte wurde. „Ich . . . werde nicht mehr den Arbeiterverein besuchen“, sagte sie. — „Das freut mich wirklich“, antwortete Alnaes. —

Später jedoch fühlte sie sich als eine Verrätherin und wagte nicht, sich in Dagmar Thyris Junggesellenabend zu zeigen. Auch Uchermann wies sie, so weit es sich thun ließ. Er sprach so höhnisch von all diesen Kleinbürgern, die mit den freimüthigen Sympathisanten, allein ihre Ueberzeugung aus elenden Geldrücksichten verborgen; das hielt sie nicht aus. „Gemeines, schäbiges Pack; feige, verdammte Kraumbudel. . . . wollten Alle solche Rücksichten kennen, so würde ja gar nichts ausgerichtet. Ich z. B. der ich vom Unterrichte lebe, ich verliere natürlich eine ganze Menge Schüler, weil ich Benstremand bin; aber ich müßte mir selbst ins Gesicht spucken, wenn es mir einen Augenblick einfielle, an so etwas mich zu lehnen!“ — Uf; alle Menschen waren so vollkommen! —

Sie versuchte, ihr Selbstgefühl aufzurichten, indem sie bei Thorjeng fürchterlich radikal war. Sie stritt mit Thorjeng, daß die Funken stoben, predigte freimüthige Politik und Frauenemanzipation in einem Alheim, brachte Thorjeng zur Verzweiflung und Mama zur Raserei und befand sich wohl dabei, der Familie verlorenes Schaf zu sein. Aber es war unmöglich, den Polleinnehmer böse zu

machen; er war nur überlegen und zuwider. „Laßt die Weiber schwätzen, das ist mein Grundfatz; je mehr sie reden, desto weniger wird daraus“, sagte er und schnalzte über seinem Braten; — „ich meine die modernen Weiber, meine Damen!“ —

Im Sommer besaßen die Thorjeng'schen sich auf dem Lande; sie besaßen draußen, irgendwo auf einer Insel, eine Villa. Mama begleitete sie wie gewöhnlich; man bedurfte ihrer besonders jetzt, seitdem die kleine Prinzessin hinzu gekommen. Fanny blieb allein und die Einsamkeit war ungemüthlich. Es begleitete dieselbe eine Weaningung, die sie nicht loskriegte; es war, als hätte sie etwas Verlehtes gethan und als sei jemand darüber mißvergnügt. Sie wurde müthlos, kraftlos, elend und verzagt. Alle Arten von Plagen erschienen auch schlimmer, nun, da sie allein war, — die Verstimmung und das Andere —, daß dieses Andere, das noch nicht vorbei war. . . . Ja, es war vorbei, selbstverständlich war es vorbei; sie war ja ein erwachsenes Wesen, es war vorbei; — mit der Energie der Verzweiflung verleugnete sie es vor sich selbst, während der junge, reife Leib soanerte und bedte in seinen feberheißen Empfindungen. Es war abscheulich, grausam, demüthigend; es konnte sie peinigen, bis sie weinte, und ging oft in jene Anfälle von Verstimmung über, in welchen sie tagelang unglücklich herumschlich, sich von Gott und Menschen verlassen und verstoßen fühlte, elend und unmöglich, zu Thränen bereit, sobald ihr Jemand nur ein gutes Wort gömte. —

Eines Tages mußte sie Uchermann erklären, warum sie aus dem Arbeiterverein ausgeblieben war; da schalt er und versuchte den alten Horen und die Hunde von der Rechten so entsehdlich, daß sie fast Angst bekam. Sie selbst entschuldigte er; wenn man Eltern und vergleichen hatte, so war man ja kein freier Mensch. Ja, die Familienverhältnisse. Wie viele Tausende von Menschen existirten nicht, die ihres Lebens Ziel niemals erreichten, die ihre tiefste Sehnsucht verleugnen, ihre heiligsten Interessen aufgeben mußten, weil sie auf einen idiotischen Vater oder auf eine Mutter Rücksicht zu nehmen hatten!

*) Studentenweise aus den Siebenzigerjahren.

Es ist wirklich sehr schwer, die §§ 128 und 129 — von härteren abgehen — gegen den ehemaligen Erfinder und gegenwärtigen Händling aller Reichsfeinde nicht anzuwenden, und die Position des Ex-Reichskanzlers nicht bemitleidenswert lächerlich zu finden.

Uebrigens sind, wie wir schon andeuteten, eifrigste Kalkwasserfräse nach Friedrichsruh entsandt worden, und in Folge dessen haben die Konservativen, auf welche der Bund der Reichsfeinde rechnet, sich feierlich von jeder Gemeinschaft mit dem ehemaligen „Chef“ losgesagt.

Unsere nationalliberalen Rechenbesitzer aus Rheinland-Westfalen werden durch ein Rundschreiben des Handelsministers gekürrt. Der Handelsminister behauptet in demselben, daß die patriotischen Rechenbesitzer nach dem Auslande um so viel billiger ihre Kohlen als nach dem Inlande liefern, daß der Bezug deutscher Kohlen aus dem Auslande sich billiger stellt als direkt von den Gruben. Dies ist der Segen der Kartelle! Und die Leute, welche derartig unsere nationale Wirtschaft schädigen, sie schreiben sich die Rechen heiser über die Vaterlandsliebe der Sozialdemokratie. Um die Gewinne dieser Leute zu sichern, werden jetzt Arbeiter in Ruhe, Gesetze im Reichstage durchgedrückt und wehrt man sich gegen jeden durchgreifenden Arbeiterschutz und dies alles nur deshalb, weil man in den Großunternehmen die Stützen unserer Ordnung sieht. Aber diese Stützen sind keine Stützen, ihnen liegt an der heutigen Ordnung nur deshalb etwas, weil sie hoffen, daß sie, durch dieselbe gestützt, in allen ihren Uebergriffen gegen die Arbeiter geschützt werden. Sie sind in ihrer Gewinnsucht internationaler als die internationalsten Sozialdemokraten, werden aber von unserer nationalen Regierung geschützt und gefördert, trotz aller volksfeindlichen Bestrebungen der Grubenbarone.

Wochenlang hofften die gegnerischen Blätter aller Schattierungen von dem Marx'schen Programmbriefe leben zu können, da kam ihnen viel zu früh die Antwort unseres Blattes zu, und nun war es mit ihren Hoffnungen schnell aus. Da nun das freie Auge nicht mehr ausreicht, geht man mit der Lupe an das neuerliche Studium des Marx'schen Programmbriefes. Voran marschirt die „Nationalzeitung“, die Vertreterin der alterdöschwachen, ihre Prinzipien schon aus langer Gewohnheit verrathenden Bourgeoisie, und sie glaubt wirklich etwas gefunden zu haben, womit sie uns bekämpfen kann. Es ist der Satz von der Diktatur des Proletariats. Sie will die betreffenden Worte von Marx gegen uns ausnützen. Sie sieht in der Diktatur des Proletariats das Endziel unserer Bewegung und beweist damit, daß sie ebenso wenig unsere Bestrebungen wie den Marx'schen Brief begriffen hat, denn das Ziel unserer Bewegung ist ein Zustand, wo es kein Proletariat, weil keinen Klassenunterschied mehr geben kann, wo die seit fast einem Jahrhundert in dem größten Theile Europas existierende Diktatur der Bourgeoisie abgeschafft werden wird. Was Marx meinte, ist nichts anderes, als daß ein Durchgangsstadium in die gemeinwirtschaftliche Gesellschaft die Diktatur des Proletariats sein würde. Dies geht aus der marxistischen Geschichtskonstruktion hervor, der man zustimmen kann oder nicht, der jedenfalls viele unserer Parteigenossen nicht beipflichten. Wir, die wir auf dem Boden der marxistischen Geschichtsauffassung im Wesentlichen stehen, glauben, daß ein solches Durchgangsstadium möglich ist, daß es aber nicht von uns, sondern von unseren Gegnern abhängen wird, ob diese Diktatur des Proletariats ein notwendiges Durchgangsstadium in die künftige Gesellschaftsordnung sein wird. Mehr als wir bestimmen unsere Gegner Form und Art der Umgestaltung unserer Wirtschaftsordnung. Verharren unsere Gegner auf dem Standpunkte der Stumm und Konfession, so wird die Diktatur des Proletariats unausbleiblich sein, erkennen die herrschenden Klassen die Nothwendigkeit, den Uebergang in die künftige Gesellschaftsordnung friedlich zu gestalten, so wird ihnen die Diktatur des Proletariats erspart werden. Aus der Geschichte der Revolutionen der Bourgeoisie könnte die „Nationalzeitung“ lernen, wie die Diktatur der aufstrebenden Klassen verhindert werden kann. Dort man aber die Vertreter der bürgerlichen Klassen in den Vertretungskörpern, liest man ihre Literatur, so kann man sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß auf die Bourgeoisie das Wort paßt, das man vor 75 Jahren auf das französische Königreich und den Feudaladel treffend angewandt: Sie haben nichts gelernt, nichts vergessen.

Gestern fand in Köln die angeblich zahlreich besuchte erste Generalversammlung des „Vollvereins für das katholische Deutschland“ statt. Es sprachen in derselben ein Fabrikbesitzer, ein Großgrundbesitzer, ein Universitätsprofessor, ein Rechtsanwält und ein Erzbischof. Dies allein charakterisiert den Klassencharakter dieser Gründung. Daß uns diese Herren aus ihrem ureigensten Klasseninteresse bekämpfen, sehen wir vollkommen ein; daß sie sich dabei so stellen, als ob sie dies im Interesse der katholischen Kirche thäten, ist eine der Geneselen, an die wir bei der Bourgeoisie seit langem gewöhnt sind. Nicht im Interesse der katholischen Kirche bekämpfen uns diese Herren, sondern die katholische Kirche bekämpft uns im Interesse der Bourgeoisie. Die armen Deutschen, welche die Generalversammlung veranstalteten, sind zu bedauern, sie haben nicht einen Renommirarbeiter aufgetrieben, der gegen uns gesprochen hätte.

In der Republik wie in der Monarchie fählt sich, wenn wir von verschwindenden Ausnahmen absehen, die Weisheit als Organ der herrschenden Klassen. Dies geht aus folgender Notiz eines schweizer Blattes hervor:

Die Nachricht, daß der Bischof von Passau den ihm unterstellten Geistlichen verboten habe, die Kanzel zu predigen gegen die Sozialdemokratie zu benutzen, veranlaßt den Winterthurer „Landboten“ zu der Frage: wie es in diesem Punkte bei unserer protestantischen Geistlichkeit stehe. Die Antwort lautet: „Mit verhältnismäßig wenigen, aber darum um so zahlreicheren Ausnahmen bekämpfen orthodoxe wie Reformgeistliche so ziemlich jede Politik — die demokratische wie die sozialdemokratische —, die sich nicht mit dem Geibe der Großen berufen lassen.“ Man wird die Richtigkeit dieser Behauptung kaum in Abrede stellen können, aber vielleicht werden unterm Einfluß der allgewaltigen Zeit die Vertreter der Landeskirche unseres Freistaates auch noch einmal wenigstens annähernd so fortschrittlich und freisinnig wie der genannte Bischof in unserem monarchischen Nachbarlande!

Zehntausend Mark kostet ein Schuh mit dem neuesten auf Artilleriewerkstätten in Havre (Frankreich) hergestellten Schuhe Canet! Welch großer Erfolg menschlicher Zer-

führungskunst! 500 Kilogramm kann man damit in wenig mehr als einer halben Minute auf eine Entfernung von Versailles nach Paris schießen. Sollen wir da nicht stolz sein im letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zu leben! Welche Freude muß den modernen Kulturmenschen erfüllen, wenn er erfährt, daß die Uebungen mit einem solchen Geschütz im Frieden, wenn etwa 200 Schüsse damit abgefeuert werden, weit mehr kosten als die soziale Fürsorge eines mittleren Staates für die ökonomisch schlecht gestellten Klassen unserer Gesellschaft!

Die belgische Association liberale hat gestern Abend beschloffen, sich mit allen Mitteln gegen die Vertagung der Verfassungsrevision bis zu den Kammerwahlen von 1892 zu stemmen. Sie erstrebt die Auflösung der Kammern vor dem Jahre 1892 und wird zur Erreichung dieses Zweckes am Ostermontag in Brüssel eine außerordentliche Kundgebung veranstalten, an welcher Theilzunehmen das ganze Land eingeladen werden soll. Von dem genannten Tage ab sollen an jedem Sonntag wenigstens hundert Versammlungen abgehalten werden, auf denen die Dringlichkeit der Verfassungsrevision betont werden soll.

Das neue italienische Ministerium scheint die Majorität der Kammer für sich zu haben. Hinter Crispi sollen nur noch 84 Abgeordnete stehen. So schwindet mit der Macht der Anhang. Während Bismarck als Junker jetzt seine Güter bewirtschaftet, zieht sich Crispi als Bourgeois auf sein Abpolitenbureau zurück. Sie unterscheiden sich aber in Einem. Crispi will weiter dem Parlamente angehören und bei geeigneter Zeit die Opposition führen, während der „große“ Bismarck nur anonyme Zeitungsartikel schreibt!

Bei den heutigen Senatswahlen in Spanien wurden 130 Ministerielle, 19 Liberale, 7 Reformisten, 2 Demokraten, 2 Karlisten und 9 Republikaner gewählt. Die Resultate von 19 Wahlen sind noch nicht bekannt. Die Zahl der zu Wählenden beträgt 180.

Die konstituierende Versammlung der Republik Brasilien hat den neuen Verfassungsentwurf mit einer größeren Anzahl von Amendements in zweiter Lesung angenommen. Wie verlautet, wird die Wahl des neuen Präsidenten der Republik in der nächsten Woche stattfinden. Als Kandidaten für die Präsidentenwahl werden vornehmlich Joussea und Moraes genannt.

Versammlungen.

Konferenz der Bauhandwerker Berlins.

Die vom Töpfer Thieme einberufene Delegirtenversammlung der Bauhandwerker Berlins trat am Sonntag, d. 15. d. M., im Gnadt'schen Lokale zu ihren Beratungen zusammen. Der Einberufer eröffnete dieselbe um 11 1/2 Uhr und gab nochmals die Motive zur Einberufung der Delegirtenversammlung bekannt, wie sie zum größten Theile in den betr. Aufzügen schon niedergelegt sind. Vertreten waren zu Beginn der Versammlung folgende Baugewerke: Maler, Maurer, Züher, Schlosser, Steinmehnen, Stuckateure, Töpfer, Zimmerer, Einseher und Steinscher waren ohne gewählte Delegirte vertreten. Die Vertreter dieser Gewerkschaften wurden von der Versammlung anerkannt und übernahmen dieselben die Verpflichtung, für die Beschlüsse der Konferenz in ihren Gewerkschaften einzutreten, widrigenfalls eine entgegenstehende Erklärung abzugeben. Die Hauptagende waren folgende Punkte: Töpfer Thieme, erster Vorsitzender, Zimmerer Lehmann, zweiter Vorsitzender, Töpfer Fellenhauer, Schriftführer. Eine Tagesordnung war nicht vorgesehen, eine solche hatte sich die Versammlung selber zu geben. Der Festsetzung derselben legte Maurer Bernau unter eingehender Motivirung derselben eine Resolution vor, die Organisationsfrage betreffend. Dieselbe lautet:

Die Konferenz der Delegirten der Bauhandwerker Berlins beschließt:

1. In Bezug auf die Organisation:
In Bezug auf die Form, die sich eine jede Gewerkschaft zu geben hat, ist Rücksicht zu nehmen auf die örtlichen und gewerkschaftlichen Verhältnisse derselben, und läßt sich eine für alle Verhältnisse verbindliche Regel nicht aufstellen. Jede Gewerkschaft hat an dem einzelnen Orte zu entscheiden, was für sie das zweckmäßigste ist. So wird auch die Zusammensetzung von irgend welchen Kongressen, Konferenzen u. s. w. sowie einzelner Personen, die den Berliner Bauhandwerkern von außen dienende Vorschriften für die Form der Organisation, die sich die einzelnen Gewerke hier zu geben haben, vorzuschreiben wollen, mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Jede Gewerkschaft der Berliner Bauhandwerker hat selbständig zu beschließen, was sie für sich für das Beste hält, und ist hier in Berlin jeder Bauhandwerker verpflichtet, sich den Beschlüssen, die von seiner Gewerkschaft gefaßt sind, zu fügen.

2. In Bezug auf Agitation:
Da besonders die Bauhandwerker in Berlin unter dem Jnzug aus den weniger kultivierten Provinzen leiden, ist es eine unbedingte Nothwendigkeit, die kleinen Orte vorzugsweise aufzusuchen. Es soll deshalb mit allen für Berlin verfügbar zu machenden Mitteln eine Agitation eingeleitet werden, die sich auf die Orte und Provinzen erstreckt, aus welchen besonders der Jnzug nach Berlin kommt. Streits in diesen Orten zur Verbesserung der dortigen Lohnverhältnisse sollen von den Berliner Bauhandwerkern in erster Linie nach Kräften unterstützt werden.

3. Streikunterstützung:
Mit Bezugnahme auf die vorstehende Resolution, daß in erster Linie die Ausstände in solchen Orten unterstützt werden, welche die niedrigsten Arbeitsbedingungen haben, erklären die Berliner Bauhandwerker sich mit allen deutschen Arbeitern solidarisch und werden alle Ausstände wie bisher unterstützen, so lange und so weit die Nothwendigkeit erwiesen ist und die Mittel ausreichen.

4. Bestrebungen für Berlin:
1. Es ist mit allen Kräften eine Einigung und ein Einverständnis mit allen Berliner Bauhandwerkern anzubahnen, damit dieselben befristet werden, ihnen allen gemeinsame Angelegenheiten mit dem gehdrigen Nachdruck zu vertreten. Als solche gemeinsame Angelegenheiten gelten

a) Regelung des Arbeitsnachweises durch Errichtung einer Arbeitsbörse aus städtischen Mitteln, welche die Arbeiter beschützen soll vor unnützen, zeitraubenden Ausfahrten und Ausgaben für Anzeiger und Kommissionsäre.

b) Abschaffung gesundheitschädlicher Arbeitsarten, des Gebrauchs von offenem Koftheuer in Räumen, in welchen Bauarbeiter beschäftigt sind; der Arbeit für die beim innern Ausbau beschäftigten Handwerker und Arbeiter in Räumen ohne Fensterabschluss in der kalten Jahreszeit; Beschaffung von Baubuden, den Vorschriften der Sittlichkeit und Gesundheit entsprechend; Arbeitsanlagen für die Arbeiter während der Bauzeit und aller solcher Vorrichtungen und Einrichtungen, wodurch Gesundheit und Leben des Arbeiters geschützt wird.

c) Regelung von Lohn- und Arbeitszeit auf städtischen Bauten, Einführung des Regiebaues statt des Unternehmerbaues

bei allen Arbeiten, die diese Einrichtung irgend zulassen; Annahme und Ausübung der in Tagelohn beschäftigten Bauarbeiter bei städtischen und staatlichen Bauten durch die Bauverwaltungen selbst, nicht aber durch Zwischenbau-Unternehmer, welche die Arbeiter ausnützen und einen Theil des Lohnes derselben in ihre Tasche stecken.

d) Befreiung der Akkordarbeit in jeder Form und in allen Gewerben.

e) Gegenseitige Unterstützung der Bauhandwerker in Kämpfen für Abkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes. Als zu erstrebende Arbeitszeit für alle Bauarbeiter Berlins wird vorläufig die neunstündige Arbeitszeit festgehalten. Die Forderung wird den einzelnen Gewerkschaften festzustellen überlassen.

5. Ausführung dieses Beschlusses:

Jur Ausführung dieses Beschlusses wird ein Ausführungsausschuß, aus Neben Personen bestehend, eingesetzt.

Die Mitglieder dieses Ausschusses haben die Vollmacht, in den Grenzen des oben gefaßten Beschlusses alles zu thun, was ihnen erforderlich erscheint. Sie sind verantwortlich den allgemeinen Bauhandwerker-Versammlungen, die sie so oft als möglich und erforderlich, mindestens aber vierteljährlich einmal, einzuberufen haben.

Zu diesen Versammlungen haben die Angehörigen aller solcher im Baugewerbe thätigen Gewerkschaften Zutritt, die diesen Beschlüssen in öffentlichen Gewerkschaften ohne weiteren Zusatz oder Bedingungen angenommen haben. Eine Auflösung des Ausführungsausschlusses kann nur durch Beschluß aller Gewerkschaften erfolgen, die ihn eingesetzt oder nachträglich anerkannt haben.

Das Mandat des Ausführungsausschlusses lautet auf ein Jahr, wenn es ihm nicht durch eine öffentliche Versammlung aller Bauhandwerker, die den Ausschuß anerkannt haben, verlängert wird.

Mit Ablauf des Jahres hat der Ausführungsausschuß eine neue Delegirtenkonferenz einzuberufen, zu welcher jede Gewerkschaft, die den Ausschuß und diesen Beschluß anerkannt hat, einen Delegirten entsendet. Diese Delegirten setzen den neuen Ausschuß ein. Die abtretenden Mitglieder sind wieder wählbar.

In der Auswahl zum Ausführungsausschuß zu wählender Personen tritt keine Beschränkung irgend einer Art ein. Der Ausschuß kann sich nach seinem Ermessen durch Hinzuziehung geeigneter Personen ergänzen. Das hat auch zu geschehen, wenn einzelne Personen aus dem Ausschuß ausscheiden.

Der Ausschuß ist berechtigt

1. öffentliche Versammlungen sämtlicher Bauhandwerker oder einzelner Gruppen von Bauhandwerkern zu berufen;

2. die Einberufung von Versammlungen der einzelnen Gewerkschaften zu veranlassen;

3. Sammlungen von Geldern in geeigneter und gesetzlicher Form zu veranstalten;

4. über die so gesammelten Gelder zu verfügen zu den Zwecken, für die er eingesetzt ist. Besonders darf er darüber verfügen zu mündlicher und schriftlicher Agitation, zur Verbreitung von Flugblättern und anderen Druckschriften, zur Veranstaltung von Petitionen, Versammlungen, Demonstrationen und zur Streikunterstützung.

5. die Rechnungslegung erfolgt vierteljährlich öffentlich in öffentlichen Bauhandwerker-Versammlungen, die dann Revisoren zur Prüfung der Abrechnung zu ernennen haben;

6. wenn eine Gruppe Bauhandwerker Berlins in einen Ausstand eintreten will, so hat sie diese Absicht dem Ausführungsausschuß anzuzeigen. Derselbe hat seinen Rath zu ertheilen, nöthigenfalls eine öffentliche Versammlung in der Sache zu berufen und dann, wenn der Ausstand gebilligt wird, Alles zu thun, was in seinen Kräften steht, um das Gelingen des Ausstandes zu erreichen. Er ist zur Einleitung schiedsrichterlicher Vergleichsverhandlungen berechtigt und verpflichtet.

Diese Beschlüsse werden vom gewählten Ausführungsausschuße in geeigneter Art unter die Bauhandwerker Berlins verbreitet. Derselbe hat dabei die Gewerkschaften und Arbeitsgruppen aufzufordern, sich mit diesen Beschlüssen in öffentlichen Versammlungen einzusetzen und zu erklären. Mit Vereinen irgend welcher Art tritt der Ausschuß in keinerlei Verbindung, weder durch Schriftwechsel noch durch Personenverkehr, weder in Berlin noch nach außerhalb.

Diese Vorlage wurde zur Debatte gestellt und es entspann sich zunächst ein eingehender Meinungsaustrausch über die Organisationsfrage, ob Lokal- oder Zentralorganisation. Die Maler, Zimmerer (Volter, Schönlich), Steinscher, Steinmehnen vertreten den Standpunkt der Zentralisation, während Maurer und Töpfer für Lokalorganisation sprachen. Mit verschiedenen Punkten der Resolution konnten sich verschiedene Redner ohne Weiteres einverstanden erklären, während andere Punkte Widerspruch erfuhren. So erklärte z. B. Schweitzer (Maler) die Schaffung einer Arbeitsbörse aus städtischen Mitteln für eine Utopie. Auch war die Meinung vorherrschend, daß die Resolution derartig weittragend und umfangreich sei, daß dieselbe unbedingt erst gedruckt vorliegen müsse, ehe man sich darüber schlüssig machen könne. Willarg (Züher), der später erkrankte, stellte einen diesbezüglichen Antrag, damit dieselbe in den einzelnen Gewerkschaften diskutirt werden könne. Bernau vertheidigte seine Resolution. Er verkannte nicht, daß durch Veröffentlichung derselben der Streit zwischen Hamburg und Berlin in schärfster Weise entbrennen würde. Doch sei dies unumgänglich. Von den Angehörigen der Lokalorganisation werde immer gefordert, praktische Vorschläge zu machen. Solche seien in der Resolution niedergelegt. Würde er Anhänger für seine Resolution finden, so würde er sich Ebdenwegen zu verschaffen wissen. Lehmann erklärte die Resolution Bernau voll und ganz an, befristete aber den Antrag Willarg, die Resolution, welche in 200 Exemplaren gedruckt werden wird, in den einzelnen Gewerkschaften zu diskutiren und dann eine neue Konferenz einzuberufen. Willarg beantragte folgende Resolution:

Die heutige Konferenz der verschiedenen Baugewerke fordert die betreffenden zugehörigen Gewerkschaften auf, in nächster Zeit öffentliche Versammlungen ihrer Gewerkschaften einzuberufen und die heute vorgelegte Resolution Bernau überall auf die Tagesordnung zu setzen, um eine Klärung im Interessenskampf der verschiedenen Baugewerke zu schaffen. Gleichzeitig beschließt die heutige Konferenz, von heute über vier Wochen eine neue Konferenz einzuberufen. Hier können die verschiedenen Delegirten die Beschlüsse ihrer Gewerkschaften zur Geltung bringen, um dann schlüssig zu werden, welche Schritte in Zukunft die Bauhandwerker Berlins zu thun geben in Betreff der Form von Organisation, Art der Agitation nach außerhalb und Besserung der Verhältnisse in Baugewerbe.

Lehmann beantragte:

1. daß die Resolution Bernau gedruckt und den einzelnen Gewerkschaften zur Begutachtung vorgelegt werde.

2. Die heutige Konferenz wird bis zum 8. März d. J. vertagt, um dann eventuell bindende Beschlüsse zu fassen.

Die versammelten Delegirten stimmten ohne Widerspruch der Resolution Willarg zu.

Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, die Abänderungsanträge zur Resolution Bernau seitens der öffentlichen einzelnen Gewerkschaftsversammlungen entgegenzunehmen und das Material gefaßt der nächsten Konferenz vorzuliegen. Ueber die Einberufung dieser erfolgt seiner Zeit nähere Bekanntmachung.

Vertreten waren außer den vorgenannten Gewerkschaften auch die Bau-Anschläger und Bau-Arbeiter.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Theater.

Dienstag, den 17. Februar.
Oberhaus. Diarne.
Schauspielhaus. Der Bibliothekar.
Kessing-Theater. Hedda Gabler.
Berliner Theater. Goldfische.
Deutsches Theater. Der Parrer von Kirchfeld.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Weisner Porzellan. Hierauf: Pariser Leben.
Wagner-Theater. Miß Helgett.
Kessing-Theater. Der selige Tompinel.
Viktoria-Theater. Die sieben Maden.
Sellkalliance-Theater. Pension Scholler.
Ostend-Theater. Othello, der Mohr von Venedig.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.
 Dienstag, den 17. Februar,
 Abends 7 1/2 Uhr:

Große Vorstellung

mit neuem, vorzüglich gewähltem Programm.
 Besonders hervorzuheben: Aufforderung zum Tanz, Ballet arrangiert vom Balletmeister A. Reibberg, gelangt vom gesammten Ballet-Peronal. Acht Kapphengste in Freiheit vorgeführt von Herrn Max Schumann. Hr. Etienne, Saltomortal-Reiter. Herr Tracheiner Fuchshoch in der hohen Schule ger. von Herrn Ernst. Miß Edith Adams als Jockey-Reiterin. Ringlet, engl. Volkblut-Springpferd, geritten von Frau A. Adele Schumann. Hr. Royal, Jongleur zu Pferde. Romische Entrees sämtlicher Clowns.
 In beiden Vorstellungen

Circus unter Wasser.

Eine ländl. Hochzeit.
 Sensationelle Wasserphantomie.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm. Eine ländliche Hochzeit.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.

Margarethe Steinow, Siedersängerin.

Paul Jülich, Gesangshumorist.
 Hr. Goswin, Musik. Regier-Clown.
 Hr. Bonné, Kostüm-Soubrette.
 Gebr. Corradini, Tanz-Duettisten.
 Mons. Bernard, Schmelzzeichner.
 Anfang Hochtags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausgang von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweiliche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor H. Sanftleben.
 Wochentags: **Frei-Concert.**
 Sonntags Entree 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 9 Regeldahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sadtke.

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
 im Laboratorium.
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.



G. Sozialdemokratin ist angekommen.

Adolf Hocks nebst Frau, Friedrichsherg.
 Unserem Freunde, dem Zeitungs-Expeditur Karl Schmidt genannt **Schwindel** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, daß die „Volksblätter“ bei Schmargendorfer Polka tanzen. Karl, was grinst denn?
 523b
C. H. A. M. O. M.

Am 18. Februar feiern die Karl Weichhardt'schen Eheleute, Koppenstr. 58 die silberne Hochzeit. 528

Danksagung.

Für die überaus rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schankwirts

Gust. Kunze

sage Allen, insbesondere dem Personal der Sarg-Fabrik von Solon, der Tischlerei von Stegmüller und den Sehern des „Vorwärts“ meinen herzlichsten Dank.
 Die trauernde Wittwe
Martha Kunze
 nebst Kindern.

Danksagung.

Herzlichen Dank hiermit Allen, die sich bei der Beerdigung meines unvergesslichen Bruders **Carl** beteiligt haben. Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen
 525b

Frida Veit,

als Schwester.

Bei Loewy, Dragonerstr. 14,

legten die Former die Arbeit nieder, wegen Lohn-Reduzierung und schlechter Behandlung. Wir ersuchen den Zuzug fernzuhalten. 154

Achtung!

Klavierarbeiter und verwandte Berufsgeossen!

In der Pianoforte-Fabrik von **Wag & Co.** haben die Arbeiter wegen Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt. Die Kollegen von **Fauer** haben sich solidarisch erklärt. Zuzug ist fern zu halten.
 188

Die Kommission.

NB.: Sammelstellen können jeden Abend bei Winger, Raunstr. 78; bei J. Meier, Andreasstraße 12, und bei dem Beitragsammler für den Norden B. Neumann, Kaserstr. 133, 2. Hof, im Keller, empfangen und abgegeben werden.

Central-Kranken- u. Sterbefälle

der Tischler u. s. w.

Deutliche Verwaltungsstelle Berlin A. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlstelle Wrangelstr. 109 verlegt ist. Dieselbe befindet sich von jetzt ab: **Wrangelstr. 32 bei Hoffmann.**
 Dasselbst werden die Beiträge jeden Sonntagabend von 8-10 Uhr angenommen.
 500

Die Ortsverwaltung.

Große öffentliche Versammlung

der

Mechaniker, Optiker,

Uhrmacher, chirurgischen

Instrumentenmacher

und der im Telegraphenbau

beschäftigten Arbeiter

am Dienstag, den 17. Februar 1891,
 Abends 8 Uhr,
 in Dolgmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
 Tagesordnung:
 1. Die wirtschaftlichen Krisen in der heutigen Produktion. Referent: Herr E. Wiedemann.
 2. Bericht vom Delegierten der Metallarbeiter der Provinzen Brandenburg und Pommern.
 3. Diskussion.
 4. Verschiedenes. 237
 Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. Um rege Beteiligung und pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer. 237

Medizinal-Verein

der Tabalarbeiter Berlins.

General-Versammlung

Mittwoch, den 25. cr., Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Zentner, Rängstr. 11.
 Tagesordnung:
 1. Rechnungslegung v. 4. Quartal 1890.
 2. Wahl des Vorstandes u. Ausschusses.
 3. Verschiedenes. 195L
 Louis Dechand, Gasserstr. 15.

Bäckerei-Eröffnung.

Theile allen Genossen hierdurch mit, daß ich vom heutigen Tage die Bäckerei von **R. Müller** käuflich übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, für reelle und prompte Bedienung Sorge zu tragen. Bäckermstr.,
Otto Krüger, Reichenbergerstr. 82.

Metallbisten

von 477b
Lassalle, Marx u. A.
 in sauberer Ausführung, 11 Zoll hoch, sind zu haben bei **Otto Goepel**,
 Eisenur, Josephstr. 9.

Im G. Schmetsky'schen Verlag in Halle (Saale) ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Sozialrevolution

52M
 oder
Sozialreform?

Von **Julius Werner**,
 Pfarrer in Hohenthurm bei Halle a. S.
 Preis M. 1.—.

Den besten bayerischen

Schmalzler

aus ächtem Prästtabak, sowie ihre rühmlichst bekannten **Rauch-, Kan- u. Schnupf-Tabaksorten** empfehlen 194L

Schwarz & Co.

Tabak-Fabrik, Nürnberg.
 Marienvorstadt,
 4. Gleisbühnstrasse 4.
 Versandt von Schmalzler von 7 Pfd. an franko.

Teppiche

mit keinen Minderfehlern 5, 6, 8, 10, 50 nur wegen kaum merkbaren Fehlern so billig.

Sophabezüge,

Reihe von 3 1/2-8 m. in Plüsch, Plüschstoff, Damast und Nips spottbillig. Versand streng reell, gegen Nachnahme.
S. Ungor, Berlin S. Oranienstr. 48,
 68 L. Teppich- u. Möbelstoff-Fabrik.

Nohtabak A. Goldschmidt,

Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt scharf brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Nohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Lade'schen Markt. [746]

Jede Uhr

unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaren
C. Wunsch, Raunstr. 38,
 n. d. Oranienplatz.

Im Tuchgeschäft

jetzt **Oranienstr. 126, I.**
Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots, sowie Damenkleider etc.
 Auf Wunsch auch gegen Echeilzahlungen. 90L

Sophabezüge!

Reihe in Nips, Damast, Granit, Plüsch und bunten Stoffen spottbillig.
Emil Ledvre, Oranienstr. 158.
 Proben franko! [84J]

Zur Einsegnung

56 Schwarze Cashemire 56 gestreifte und gemusterte Stoffe zu billigen Preisen.
P. Kochmann, Alte Jakobstr. 86.

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak**, jetzt **Raupachstr. 7, I.** Auch Sonntags.

Möbel, Spiegel und

eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Achtung!

Die zu heute, Dienstag, den 17. d. Mts., anberaumte Volks-Versammlung in der Brauerei Friedrichshain findet Umstände halber **nicht** statt, sondern am Freitag, den 20. d. Mts., in demselben Lokal und mit derselben Tagesordnung. Wir ersuchen die Genossen, so zahlreich wie möglich zu erscheinen.
Die Lokalkommission. J. A.: H. David, Kaufstr. 51.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 17. Februar, Abends 8 Uhr:
Versammlung 837
 im gr. Saale der Viktoria-Brauerei, Lützowstr. III/III.2.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag: Die Stellung der Sozialdemokratie zur Gewerbe-Ordnungs-Novelle. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Paul Singer**.
 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragen. Gäste haben Zutritt. — In dieser Versammlung werden die neuen Statuten ausgegeben. Diejenigen Mitglieder, welche noch mit ihren Beiträgen restituieren, werden ersucht dieselben in der Versammlung resp. in den Zahlstellen auszugleichen.
Der Vorstand.

Große Versammlung

Arbeiter-Bildungs-Schule

am Mittwoch, den 18. Februar, Abends 8 Uhr,
 bei **Joßl**, Andreas-Straße 21.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn **Wilhelm Blos**: „Maximilian Robespierre als Mensch und als Staatsmann.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Die Mitgliedskarte legitimirt. — Gäste zahlen 20 Pf. Eintritt. — Die Aufnahme neuer Mitglieder (Monatsbeitrag 25 Pf.) erfolgt am Eingang zum Saal sowie an den Zahlstellen. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich.
 103 **Der Vorstand. J. A.: E. Vogtherr**, I. Vorsitzender.

Zahlstellen:

- | | | | |
|--|--|--|---|
| C.
Kuhlmay, Rosenstr. 30.
Vogtherr, Landsbergerstr. 64. | M.
Abraham, Straßburgerstr. 5.
Gleisner, Müllerstr. 174.
Gnaat, Brunnenstr. 38.
Hasenclover, Chausseestr. 49/50.
Kleinau, Gartenstr. 171.
Lehmann, Brunnenstr. 88.
Nürnberg, Schöndorfer Allee 23.
Schmidt, Treckowstr. 24.
Thierbach, Schwedterstr. 44. | SO.
Kehr, Köpcke'str. 128.
Schmidt, Brangelstr. 141.
Schulz, Admiralsstr. 40a.
Ulrich, Brangelstr. 84.
Tutzauer, Köpcke'str. 25.
Zubell, Raunstr. 88. | SW.
Schönfeld, Mariendorferstr. 10
Wilschke, Junferstr. 1.
" Rabgaststr. 1. |
| NO.
Gumpel, Barnimstr. 42. | NW.
Vogtherr, Stephanstr. 16.
Voss, Birkenstr. 59. | S.
Bangk, Soeffstr. 12.
Börner, Ritterstr. 108.
Gründel, Dresdenstr. 116. | O.
A. Böhl, Rüdersdorferstr. 8.
E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
Helldorf, Bange'str. 70.
Höhne, Eldonaerstr. 2.
Jasinger, Krautstr. 11.
Lock, Friedrichsbergerstr. 11.
Tempel, Dresdenerstr. 27. |

Achtung! Vergolder! Achtung!

Große öffentliche Versammlung

der Vergolder, Vergolderinnen u. Berufsgenossen

am Donnerstag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr,
 in den „Central-Festsälen“, Oranien-Straße Nr. 180.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Streik-Komitees. 2. Beschluß der Fabrikantenvereinigung. Referent: Kollege **Fries**. 3. Verschiedenes. 328
 Der Wichtigkeit wegen darf kein Vergolder, Vergolderin und Berufsgenosse fehlen. Die Gewerkschaften werden ersucht Vertreter in die Versammlung zu senden.
Das Streik-Komitee.

Fachverein sämtl. in Glacée- u. Kartonpapier-

Fabriken beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Mittwoch, 18. d. M., Abends 8 Uhr, in Schaffer's Salon, Anseistr. 10:
Außerord. General-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **R. Kunkel** über Bellamy's „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.“ 2. Ist der Antrag, welcher in der ersten General-Versammlung gestellt wurde, aufrecht zu erhalten? 3. Besprechung über § 1 des Vereinsstatuts. 4. Wie stellen sich die Mitglieder zur Gründung eines Streik- und Unterstützungsfonds? 5. Verschiedenes und Fragekasten. 155
 Das Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Achtung!

Freie eingeschr. Hilfskassen Bisdorfs.

Versammlung

sämtlicher Mitglieder obiger Kassen, insbesondere

der Verwaltungsbeamten

am Mittwoch, den 18. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn **Kummer**, Berlinerstraße Nr. 136.
 Tagesordnung:
 1. Kergte- und Apothekefrage euent. Anschluß an die Berliner Vereinarbeitung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 526

Arbeiterverein für Johannisthal u. Umgeg.

1. Stiftungs-Fest

am Sonnabend, den 21. Februar in der „Dornsta-Brauerei“ zu Niederschönweide. 581 b

Festrede, gehalten von Herrn Wilhelm Werner.

Arbeiter-Gesangsvereine, welche zur Erhöhung der Feier mit beitragen wollen, haben freien Zutritt (event. auch Vergütung). Die Berliner Genossen werden ersucht an unserer Festlichkeit teilzunehmen. **Das Komitee.**

betz. Abzug auch der Lebens- u. Versicherungs-Prämien von dem steuerpflichtigen Einkommen.

Der Antrag Richter-Lüchhoff wird nunmehr nach kurzer Debatte angenommen.

Der Rest des § 9, welcher angeht, was insbesondere nicht als abzugsfähig zu gelten hat, wird unverändert in der Fassung der Kommission angenommen.

Minister Miquel erklärt, daß die Ausgaben für Aufforstung von Lebländereien als eine Kapitalanlage anzusehen, mithin nicht abzugsfähig seien.

Eine Reihe weiterer Paragraphen wird ohne bemerkenswerthe Debatten angenommen.

§ 14 geht an, was als Einkommen aus Handel und Gewerbe gilt. Danach soll der Reingewinn aus Handel und Gewerbe nach den Grundsätzen berechnet werden, wie solche für die Inventur und Bilanz durch das Handels-Gesetzbuch vorgeschrieben sind.

Abg. Goldschmidt (frei.) und Broemel beantragen, hinter dem Worte „Handels-Gesetzbuch“ einzuschalten: „im Artikel 189a für Aktien-Gesellschaften und Kommandit-Gesellschaften auf Aktien.“

Abg. v. Tiedemann (L.) wünscht dagegen den letzten Satz folgende Fassung zu geben: „Insbesondere gilt dieses einerseits von dem Zuwachs des Anlagekapitals und andererseits von den regelmäßigen jährlichen Abschreibungen, welche einer angemessenen Berücksichtigung der Wertverminderung entsprechen.“

§ 17 enthält den Steuertarif. Die Kommission hat die Sätze für die mittleren Einkommen (von 2400 M. an) herabgesetzt und für die höchsten Einkommen eine Progressivskala bis zu 4 pCt. des Einkommens beschlossen.

Abg. Richter beantragt eine weitere erhebliche Herabsetzung für die Einkommen von 2400 M. an. Ebenso Abg. Enneccerus von 3000 M. an.

Abg. Hygen (natl.) beantragt, die über 3 pCt. hinausgehende Progressivskala des Tarifs abzulehnen und demgemäß hinter der Steuerstufe 9000-9500 M. 276 M. Steuer, den letzten Theil der Regierungsvorlage: „Bei Einkommen von mehr als 9500 M. bis einschließlich 10500 M. beträgt die Steuer 800 M. und steigt bei höheren Einkommen bis einschließlich 100500 M. in Stufen von je 1000 M. um 3 pCt., von da ab in Stufen von je 5000 M. um 150 M.“ wieder herzustellen.

Herner geht noch ein Antrag Richter-Steffens ein, welcher in der Herabsetzung der Steuerhöhe nicht ganz so weit gehen will, wie der Antrag Richter.

Ob. Rath Wallach verweist darauf, daß nach der Regierungsvorlage die untersten (bisherigen Klassensteuer-) Stufen erheblich, die mittleren in geringerer Maße entlastet, die höchsten höher belastet würden, so daß gegen die Ergebnisse des Vorjahres im Ganzen ein Minus von 1695000 M. herauskomme. Nach den Kommissionsbeschlüssen trete eine weitere starke Entlastung der Einkommen von 9-9000 M., eine mäßige der Einkommen bis zu 3000 M. und von 6000-9000 M., sowie eine erhebliche Mehrheranziehung der Einkommen über 9000 M. ein.

Abg. Hygen (natl.): Die Kommission hat eine Abweichung von der Vorlage beschlossen, von welcher der General-Steuerdirektor in der ersten Sitzung sagte, daß sie in der sächsischen Kammer von den Sozialdemokraten beantragt worden sei. Für die Deklaration bis ich bei den früheren Vorlagen eingetreten, aber es wäre ein Widerspruch sondergleichen, wenn man in dem Augenblicke, wo man die Deklaration einführt, die höheren Klassen mit einem höheren Steuerfusse belegte, als die unteren Klassen. Eine Steigerung bis 4 v. H. des Einkommens ist nirgends in anderen Staaten vorgesehen.

Abg. Richter (str.): Mein Antrag schließt eine Steigerung der Steuer bis zu 4 v. H. für die Einkommen über 100000 M. in sich. So tragisch wie Herr Hygen kann ich diese Belastung mit 4 v. H. nicht nehmen. Die Erleichterung der Mittelklassen ist ein Gebot der Gerechtigkeit, sowohl in Bezug auf die Besteuerung für den Staat, wie für die Gemeinden. Die untersten Einkommensklassen sind fortgesetzt ermäßigt worden, so daß die Einkommen unter 1500 M. gegen früher nur noch ein Drittel der Steuer bezahlen. Von da ab steigen aber die Steuerhöhen sehr erheblich und schnell, trotzdem die unteren und die Mittelklassen in ihrer Lebenslage und jedenfalls gegenüber der Steuer nicht so sehr verschieden sind.

Abg. Richter (str.): Mein Antrag schließt eine Steigerung der Steuer bis zu 4 v. H. für die Einkommen über 100000 M. in sich. So tragisch wie Herr Hygen kann ich diese Belastung mit 4 v. H. nicht nehmen. Die Erleichterung der Mittelklassen ist ein Gebot der Gerechtigkeit, sowohl in Bezug auf die Besteuerung für den Staat, wie für die Gemeinden. Die untersten Einkommensklassen sind fortgesetzt ermäßigt worden, so daß die Einkommen unter 1500 M. gegen früher nur noch ein Drittel der Steuer bezahlen. Von da ab steigen aber die Steuerhöhen sehr erheblich und schnell, trotzdem die unteren und die Mittelklassen in ihrer Lebenslage und jedenfalls gegenüber der Steuer nicht so sehr verschieden sind. Bei den höheren Klassen ist der Steuerfuß weniger eine Einschränkung des persönlichen Lebensgenusses, als eine Einschränkung der Kapitalmacht. Um überhaupt ein Einkommen der Mittelklassen zu erlangen, muß schon ein gewisses Kapital für die Ausbildung aufgewendet werden. Die unteren Klassen werden sehr viel früher selbständig und erreichen oft schon frühzeitig das höchste Einkommen, welches sie überhaupt in Leben beziehen, während in den Mittelklassen die jungen Leute erst zehn Jahre später selbständig werden und das höhere Einkommen erreichen. Jeder Schüler der Volksschule kostet z. B. der Stadt Berlin 46 M., jeder Schüler der höheren Lehranstalten 76 M., ein Beweis, daß kein so großer Unterschied zwischen den unteren und Mittelklassen besteht. Daß in den Mittelklassen so wenig Kapital angesammelt wird, ist die Folge davon, daß eben für die Ausbildung der Kinder viel mehr Geld aufgewendet wird. Deshalb trifft die Steuer gerade hier sehr hart. Außer den gelehrten Ständen gehören in die Mittelklassen die Anfänger des Handels und der Industrie und die kleinen Landwirthe, welche selbst ihre Ländereien bewirtschaften, ohne Inspektoren u. s. w. halten zu können. Diese Einkommen sind durchaus nicht ständig, es kommen Verlustjahre, welche übertragen werden müssen, ohne daß der Fiskus etwas zuzieht. Die Deklaration trifft aber gerade hier am härtesten; das Einkommen wird ein Geldeinkommen sein, welches schwerer getroffen wird als ein Einkommen, welches erst aus Kapital-

Leistungen u. s. w. berechnet wird. Besonders scharf ist aber die Belastung der Mittelklassen bei der Kommunalbesteuerung, welche jetzt in den unteren Klassen nach niedrigeren Sätzen erhoben wird. Der Ausfall bei den unteren Klassen wird namentlich bei den Mittelklassen gedeckt werden müssen. Bei einem Antrag wird der Mehrbedarf, der durch den Ausfall der unteren Klassen entsteht, allgemeiner verteilt. Die Annahme meines Tarifs wird ja äußerlich vielleicht eine Wiedereinnahme von 10 Millionen Mark zur Folge haben, die Ueberweisungen an die Gemeinden werden geringer werden. Aber wenn Sie die Gebäudesteuer fragen, ob sie eine Erleichterung der Einkommensteuer gefordert haben wollen oder später vielleicht bei der Gebäudesteuer eine Erleichterung in Aussicht gestellt erhalten wollen, so werden sie diese Erleichterung der Einkommensteuer vorgehen. Kaum ist dieses Gesetz fertig, da kommen schon die Herren und verlangen aus den Ueberweisungen dieses Gesetzes 10 Millionen Mark für die Schulbauten. Die Ueberweisungen der Grund- und Gebäudesteuer können wir aus der lex Huene direkt machen, dazu brauchen wir diese Reform der Einkommensteuer nicht. Selbst wenn durch den österreichischen Handelsvertrag die Einnahmen aus den Getreidezöllen sich vermindern sollten, wird zur Ueberweisung noch genug übrig bleiben. Daß das sundirte Einkommen anders besteuert werden soll als das unsundirte, halte ich auch für richtig; aber man sollte das sundirte Einkommen aus dem jetzigen Standpunkt belassen und das unsundirte Einkommen erleichtern. Diese Mittelklassen sind diejenige Klasse, welche die Ehrenämter der Selbstverwaltung bekleiden und dadurch mehr aufwenden an Arbeit, als die ganze Steuer werth ist. Diese Klassen sind das Bollwerk gegen die Sozialdemokratie, und man sollte sich daher hüten, die Unzufriedenheit dieser Klassen zu erregen.

Finanzminister Miquel: Herr Richter hat in verlockender Weise alle Gründe für seinen Antrag entwickelt, aber sich dabei in Widerspruch gesetzt mit seinen eigenen Ausführungen und Gründen. Er will von einem Ausfall infolge seines Antrages nicht sprechen. Diejenigen, die die Mehreinnahmen infolge besserer Einschätzung als einen wesentlichen Zweck des Gesetzes betrachten, können diesen Standpunkt nicht einnehmen. Herr Richter wollte von der Deklaration früher nichts wissen, und jetzt erwartet er davon eine erhebliche Mehreinnahme. Wenn sich Mehreinnahmen ergeben durch die Heranziehung des Einkommens, welches sich widersprüchlich der Besteuerung entzogen hat, so ist das nur die Beseitigung einer Ungerechtheit. Daß in die Mittelklassen auch eine große Anzahl Grundbesitzer gehören, ist richtig, ebenso daß diese Personen gleichmäßig entlastet werden, wenn die Entlastung bei der Einkommensteuer erfolgt oder bei der Grundsteuer. Aber das hat mit einer allgemeinen richtigen Einschätzung nichts zu thun. Da die Verwendung der Mehreinnahmen absolut für allgemeine Staatszwecke oder für die Sanftentilgung ausgeschlossen ist, wo sie verwendet werden müssen für die Entlastung der Grundsteuer oder für die Ermäßigung der Einkommensteuer, da ist von unsicherem Juliansprogramm doch nicht mehr die Rede. Während Herr Richter früher den Steuertarif der Regierung als unzureichend für die Gemeinden hinstellte, will er jetzt seinen viel tiefer einschneidenden Steuertarif als für die Gemeinden nützlich darstellen. Es ist ja immer dargelegt worden, wie sehr gerade die unteren Klassen durch die indirekten Steuern betroffen sind, da ist doch die Entlastung durchaus berechtigt; das muß Jeder zugeben, der diesen Standpunkt immer in Volksversammlungen, im Parlamente und in der Presse vertreten hat. Dem Antrag Richter können nur diejenigen zustimmen, welche alle Ueberschüsse aus der Vorlage vermeiden wollen. Um seinen Antrag annehmbar zu machen, hat Herr Richter die Ergebnisse der neuen Veranlagung ins Ungemessene erhöht. Er spricht von einem Mehr von 20, auch von 30 und 40 Millionen. Bei den Stufen der Klassensteuer verändert sich nichts, da ergibt sich höchstens ein Verlust. Es sollen also bei 48 Millionen Mark Einkommensteuer 40 Millionen Mark Einnahme herauskommen. Da müßte die Veranlagung jetzt noch sehr viel schlechter sein, als sie wirklich ist. Man überschätzt die Wirkung der Deklaration, namentlich für die erste Zeit. Deswegen möchte ich bitten, bei diesem ersten Schritte zu einer Steuerreform nicht abzurufen und insonsequent zu werden. (Beifall rechts.) So lange die Frage einer anderweitigen Heranziehung des sundirten Kapitals nicht gelöst ist, werden wir eine definitive Lösung noch nicht erreichen. Ich kann Sie also nur bitten, alle Anträge abzulehnen, sowohl den Antrag Richter als den Antrag Richter, den Antrag Enneccerus und die Regierungsvorlage (Große Mehrheit). ... den Antrag der Kommission, wollte ich sagen. (Beifall.) Wer das Ziel der Steuerreform will, der muß sich an die Regierungsvorlage, wenigstens an die Kommissionsvorlage halten. (Beifall.)

Abg. Krause (natl.): Ich werde bei der Kommissionsvorlage stehen bleiben.

Um 4 Uhr wird die weitere Debatte bis Dienstag 11 Uhr vertagt.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Jena, 15. Februar. In einem Theile der Presse wird der Reichstags-Abgeordnete für unseren Wahlkreis, Herr Wiffner (Wilmiberal), als ein Freund wägher Getreidezölle erklärt. Seine Willkürhaltung beim Antrage Richter, deren Grund wir nicht kennen, wird in diesem Sinne gedeutet. Als dann von einer „liberalen Bauernlandkultur“ im Sonneberger Wahlkreise die Rede war, erfolgt wiederum in einigen Blättern die Aufklärung: es handle sich um einen Mann, der auf dem Wiffner'schen Standpunkt stehe, d. h. nicht unbedingt gegen die Getreidezölle sei. Demgegenüber stellen wir hier fest, daß Herr Wiffner, der in der Stichwahl mit Hilfe der Sozialdemokraten gesiegt hat, die Verpflichtung eingegangen ist, für die Aufhebung (nicht Ermäßigung) der Getreidezölle zu stimmen.

Eberfeld. Am Freitag Morgen starb der Schreinermeister A. Werner, welcher im Eberfelder Prozeß wegen Verdachts des Meineids verhaftet, aber nach kurzer Untersuchungshaft wieder außer Verfolgung gesetzt wurde. Durch die Hast und die dadurch entstandene Aufregung hatte sich das Halbleiden Werners so verschlimmert, daß er zusehends dahinsiechte. Wenn der Verstorbenen sich die letzten Jahre auch nicht mehr um die öffentliche Bewegung kümmerte, so war derselbe doch früher besonders in der Tischlerbewegung ein thätiges Mitglied und man hat seine menschlichen Fehler längst vergessen.

Vielefeld. Heute (Montag) beschlagnahmte die hiesige Polizei auf Antrag des Berliner Amtsgerichts Regel's Dieberbuch in der Buchhandlung der „Volkswacht“.

Offenburg, 13. Februar. Die heutige Nummer des sozialdemokratischen „Volkstreuend“ wurde gerichtlich beschlagnahmt. Ein Artikel „Der Selbstmord als Rosenescheinung“, worin die Statistik der Selbstmorde beim Militär zum Gegenstande einer Berathung des Militarismus gemacht ist, soll den Thatbestand des § 131 Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen durch Behauptung erdichteter Thatfachen erfüllen. Auf die am 8. Januar erfolgte amtliche Beschlagnahme der Nr. 4 des „Volkstreuend“ wegen Verleumdung einer Gerichtsbehörde ist noch keine Anklage erfolgt.

Lokales.

Lumpenbälle. Die Theorie von der Doppelttheil eintreten der Ereignisse hat wieder einmal eine glänzende Bestätigung erfahren: Zu derselben Zeit, als die „Donatorien“ von Reinickendorf einen „Lumpenball“ feierten, hat auch Berlin seinen „Lumpenball“ gehabt! Wie es scheint, hat diese Festtags-Spezialität die besten Ausfichten, in den Kreisen der „guten Gesellschaft“ und „Gebildeten“ gebührende Anerkennung und Nachahmung zu finden, und es dürfte durchaus nicht überraschen, wenn die „Lumpenbälle“ bald „Mode“ werden. Die „gute Gesellschaft“, überfüllt von Genusssüßwägern, langweilt sich eben, sie lechzt nach Zerstreuung und Abwechslung in dem ewigen Einerlei der Masken, Kavaliere, Tafel- und sonstiger Bälle und weicht dem sündigen Kopfe, der als neue Spezialität die „Lumpenbälle“ angeheißt hat, naturgemäß den wärmsten Dank, der eben am deutlichsten durch vielfältiges Arrangement von „Lumpenbällen“ Ausdruck findet. Wenn es gestattet ist, sich auf Kosten der Armen zu bereichern, warum soll man sich nicht auch auf Kosten der Kerntzen der Armen amüsiren? Man amüsirt sich auf Kosten der Kerntzen der Armen, indem man diejenigen, die man sonst verachtet und meidet wie Unfähige, verhebt und verspottet, indem man zur eigenen Belustigung die Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung, das „Lumpenproletariat“ karikiert! Ueber Geschmücker läßt sich bekanntlich nicht streiten, und wenn sich auch jeder „Ungebildete“ voller Ekel von solchem rohen Treiben abwendet, — für die „Gebildeten“ mag es ja wohl anfänglich erscheinen, die Grenzen der erlaubten Festtagsnartheit in so frivolster Weise zu überschreiten. Und „Gebildete“ waren es doch, welche am Sonntag in Berlin den „Lumpenball“ inszenirten, ein Theil von Deutschlands „goldener Jugend“, die da glaubte ein besonders Privilegium für sogenannten „M“ zu haben und es für Standespflicht erachtete, Papa's Wechsel auf die schneidigste Weise zu verlampen. Die Veranhalter des „Lumpenballes“ waren Studierende am Kunstgewerbe-Museum! Das „M. Journal“ hat sich das hohe Verdienst erworben, diese Lumperei der Mit- und Nachwelt zu überliefern durch einen geistreichen Bericht, dem wir folgende Einzelheiten entnehmen: „Wohl selten hat man eine solche Zusammenstellung von „Lumpen“ gesehen. Die originellsten und naturwahrsten Kostüme waren zu finden: vom Lumpensammler und Rowdy bis zum italienischen Bazarant. Man konnte sehen, wie weit der Naturalismus schon auf jedem Gebiete vorgeschritten ist, denn die Träger der verjehnten Kostüme waren wirklich laum von echten „Lumpen“ zu unterscheiden.“

Das wollen wir gerne glauben! Ist doch das „Lumpen“ eine Hauptbeschäftigung vieler Herren Studenten, und so mag denn auch für manchen „Lumpenball“ das gewählte Kostüm ein ganz angemessenes gewesen sein und er den „echten“ Lumpen ganz meisterhaft repräsentirt haben, so daß allerdings ein sehr gewichtiges Unterscheidungsvermögen dazu erforderlich gewesen sein mag, die „Lumpenbälle“ von den „echten“ Lumpen zu sondern, um so mehr, als ja nicht immer das Kostüm allein den Lumpen macht! Den oben erwähnten Fortschritt des „Naturalismus“ schildert das „M. Journal“ in folgender geschmackvollen Weise: „Da sah einer mit ganz zerrissenen Hosen, dort war einer mit den Fingern eines ehemaligen Kodes bedeckt, ein anderer hatte die Lappen, die einmal als Hemd ein Ganzes bildeten, aber die Brust gelegt, auch der Pennruder und die Dirne waren ganz vorzüglich dargestellt, kurz, wer diese Gesellschaft sah, mußte glauben, einen „Ausflug aller Lumpen“ vor sich zu haben.“

Es hätte den Herren Studenten, wenn sie doch schon einmal „soziale Studien“ machten, besser angestanden, den Grund der Erscheinungen, die sie perfrisirten, zu erforschen, vielleicht wäre ihnen dann der Appetit zum Lumpenballe vergangen. Vielleicht wäre ihnen dabei etwas von einem vorhandenen „Gelehrten- und Künstlerproletariat“ zu Ohren gekommen, vielleicht wäre hätten sie erfahren, daß hierorts schon ein „Berein indistincter Herren“ mit einem „Arbeitsnachweise“ befristet oder doch auch „studirte Herren“, Doktoren und Theologen, unter den Jassen der Arbeiterkolonien zu finden sind. Vielleicht wäre dabei doch der Gedanke an die Vergänglichlichkeit alles Bestehenden und daran wachgerufen worden, daß es immerhin im Bereiche der Möglichkeit liegt, daß sie sich an „Lumpenbälle“ einmal in „echte“ Lumpen verwandeln können.

Doch mögen sich die Herren Studenten nach ihrer Art amüsiren! Wir wollen uns nicht zum öffentlichen Sittenrichter aufwerfen, so lange sie mit ihrer „Unterhaltung“ unter sich bleiben. Anders liegt die Sache aber, wenn die gezogene Grenze des „Unter sich“ überschritten wird. Und dies ist hier der Fall, denn das „M. Journal“ schreibt in seiner angelegenen Note: „Originelle Bilder des Berliner Nachtlebens waren in der Sonntagsnacht besonders in der Friedrichstadt zu beobachten. Die Studierenden am Kunstgewerbe-Museum hatten einen Lumpenball veranstaltet. Gegen 2 Uhr (Nachts natürlich!) kam ein Trupp junger Leute aus den Urminhallen, wo der Ball stattgefunden hatte, und zogen ins Café Europe. Wenn nicht einige anwesende Professoren die Gäste angemeldet hätten, wären dieselben gewiß an die frische Luft gesetzt worden. Nämlich anlässlich der Lumpenbälle, die oben geschildert worden sind. „Echte“ Lumpen werden natürlich in solchen Lokalen nicht ge-duldet! So zogen die jungen Leute von einem Lokal ins andere, und wo sie nicht hinausgeworfen wurden, machten sie es sich äußerst bequem, fangen die fröhlichsten Lieder, tanzen, kurz vollführten alles mögliche und unmögliche Unflin. Auch das Café Bauer wurde gegen 4 Uhr heimgesucht und den vielen Gästen dort werden die realistischen Gehalten noch lange im Gedächtnis bleiben. Zum Schluß ging es noch ins Pflörr-Brau. Hier wurde lange Tafel gemacht und die fidesen Lumpen ließen noch manchen hellen frohen Satz ertönen.“

Was soll man dazu sagen? Wenn Berlin auch Universtättstadt ist, so ist Berlin doch keine Meinstadt und ein wenig geeigneter Boden für sogenannte „Studentenstreiche“! Wägher wägher Bürger, der sich einmal einfallen läßt, die nächtliche Ruhe dadurch zu stören, daß er in etwas lauter Weise nach dem „Wächter“ ruft, wenn er seinen Gauschläffel vergeffen hat, fällt dem „Groben Unflugs-Paragraphen“ zum Opfer, und hier! Nun — aber! Prudelnde Jugendluft! Wie nun, wenn Arbeiter sich nur halb so — „ulig“ benommen hätten? Ja, Bauer, das ist ganz etwas Anderes! Die Proletariatsweipen haben um 11 Uhr Abends Polizeistunde, und wenn da einmal ein Leierkasten spielt und fröhliche Lieder gefungen werden, dann ist gleich allgemeine Schellen des Kopfes. Wenn aber in den Nachtcafés und den „feinen“ Kreisen, wo die „gute Gesellschaft“ die Nacht zum Tage macht, derartige Orgien, wie eben geschildert, gefeiert werden, dann vertägt sich das sehr wohl mit der guten Sitte und Niemand nimmt Anstoß daran. Nun, die „Gebildeten“ haben eben andere Begriffe von Moral und guter Sitte, als die „Ungebildeten“, das beweisen zur Genüge die „Lumpenbälle“!

Es giebt immer noch keinen Nothstand in Berlin! Der Frauenverein zur Unterstützung verarmter Armen hat sich, vielleicht nach dem Auftrage des Herrn v. Jordanbeck, folgende Formulare drucken lassen: Auf Ihr Gesuch erwidern wir Ihnen: Dem unterzeichneten Verein stehen leider nicht so bedeutende Mittel zur Verfügung, um allen Hilfsbedürftigen die erbetene Unterstützung zu gewähren, wir bedauern daher, Ihr darauf gerichtete Gesuch ablehnen zu müssen. Der Frauenverein zur Unterstützung verarmter Armen in Berlin. — Man kann sich danach eine Vorstellung machen, was für jährliche Anfordernngen und Gesuche an diesen Verein herantreten. Trotzdem erthirt kein Nothstand in Berlin! Nicht wahr, Herr v. Jordanbeck?

Eine neue Brutalität des Grafen Kleist-Voh! Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt: Graf Kleist scheint die Wägher, welche ihn durch seine einwillige, aus Gesundheitsrücksichten geübte Entlassung aus dem Gefängnis geschenkt ist auf an

zuwenden. Sein Diener Wanneke, der in den Bierzügen steht, ist seit einigen Tagen schwer an einem Augenkatarrh erkrankt; er konnte also beim besten Willen die Befehle, die ihm sein Herr zukommen ließ, nicht ausführen und ließ sich deshalb unter äußerlichem Hinweis auf seine Krankheit, welche ihn an das Bett fesselte, entschuldigen. Das war aber nicht nach dem Geschmack des Herrn Grafen, der auf die Dienste seines Untergebenen nicht verzichten wollte, denn er sandte wiederholt Diensteute und Drohschreiben nach dem Patienten mit der Aufforderung in sein Hotel zu kommen. Da aber der Kranke beim besten Willen nicht Ordre parieren konnte, so beschloß der Graf, ihn zu züchtigen. Er begab sich daher vorgestern Abend 7 Uhr nach der Wohnung des Dieners, Schmidstr. 85, und eröffnete der Frau Stenz, der Wittbin des Dieners, daß er denselben sprechen wolle. Auf die Antwort der Dame, daß W. schwer krank sei, erwiderte der Graf: „Das war noch schöner! Ich bin Graf Reitz!“ — Inzwischen fehlte den Fuß zwischen die Korridorhür und erzwang sich den Eintritt in das Zimmer des Dieners. Bald darauf hörte Frau Stenz, die im Nebenzimmer verblieb, zwei kläffende Schläge und gellendes Hilfseschrei; sie holte ihren Schwiegersohn zur Hilfe und man drang in das Zimmer des Kranken, um weitere Brutalitäten des Grafen gegen einen Wehlosen zu verhindern. Die wiederholte Aufforderung der Wittbin, die Wohnung zu verlassen, ließ der Graf unberücksichtigt; erst als ein Schuttmann auf der Wilschke erschien, trat er mit demselben den Weg nach der Wache in der Schmidstraße an, wo er sich legitimierte und wieder entlassen wurde. Er hat seinen zu Bett liegenden Diener mit der ringbeengerten Hand zwei Mal hinter die Ohren geschlagen und zwar mit solchem Erfolge, daß derselbe augenblicklich nicht zu hören vermag; allem Anschein nach ist das Trommelfell geplatzt. Außerdem hat der Kranke durch die Auslegung einer erheblichen Verschlimmerung seines Zustandes erfahren; er phantasiert unangenehm und stürzt, wie uns die Wittbin berichtet, heute früh im Homb auf dem Korridor mit dem Kasse: „Zu Hilfe, zu Hilfe, der Graf kommt.“ Seine Ueberführung des Kranken in ein Krankenhaus erscheint notwendig. — Was angesichts dieser neuen Meldungen für den Betrüber derselben notwendig und zwar dringend notwendig ist, braucht, so meinen wir, nicht erst besonders betont zu werden.

Ein schrecklicher Vorfall, von dem man noch nicht weiß, ob man es mit einem furchtbaren Verbrechen oder einem Selbstmord zu thun hat, ereignete sich Sonnabend Morgen in Spandau. Als kurz vor 6 Uhr früh ein vom Schleifstein Bahnhof kommender Zug in den Bahnhof einlief, ist ein Schaffner aus einem Wagon in einen Festungsgraben, über den der Zug fuhr, gerathen. Die Leiche des Beamten wurde eine Stunde später gefunden. Am Kopfe fand sich eine schwere Verletzung. Der Körper ist offenbar mit dem Hinterrumpf auf das 4 Fuß hohe Brückengeländer aufgeschlagen und dann in das Wasser gefallen, in welchem er nicht wieder zum Vorschein kam. Nach den örtlichen Verhältnissen scheint es ausgeschlossen, daß der Schaffner, wenn er wirklich vom Zuge herabgestürzt wäre, in den Graben fallen konnte; er wäre dann vielmehr vom Zuge überfahren worden. An die zweite Möglichkeit, daß der Beamte in selbstmörderischer Absicht vom Zuge gesprungen sei, wird auch nicht geklaubt. Es besteht vielmehr der furchtbare Verdacht, daß der Schaffner aus dem Wagon gedrängt und in den Graben geworfen worden ist. Der Vorfall ist der Staatsanwaltschaft am Landgericht II gemeldet und die Recherchen nach den Passagieren des Waggons sind sofort aufgenommen worden. Gestern Vormittag fand in der Gewerbeabteilung eine Vernehmung derselben Stelle statt, welche in Berlin und Charlottenburg wohnen und sich in dem Zuge befunden haben, aus welchem der Schaffner in den Festungsgraben (Schlingengraben genannt) gerathen ist. Es kommen mehrere hundert Personen in Betracht.

Unfall eines Feuerwehmannes. Am Sonnabend Abend gegen 8 Uhr entlief auf eine bis jetzt nicht aufgeklärte Weise Feuer in der Schleiferei des Herrn Müller, Alte Jakobstraße 1. Zwei Bäte Feuerwehr, welche schnell zur Stelle waren, hatten dasselbe zwar bald beseitigt, jedoch gilt dabei einer der Feuerwehrlente auf dem sachen Wache, auf welchem er gerade stand, aus und stürzte acht Meter tief in einen Richtenofen, wo er nach einer Weile von seinem Kameraden in hilflosem Zustande aufgefunden und in das Elisabeth-Krankenhaus geschafft wurde. Keitere Verletzungen konnte der herbeigerufene Arzt zwar nicht entdecken, jedoch scheint der Mann innerlich Schaden genommen zu haben. Der Verunglückte heißt Frau und Müller.

Polizeibericht. In der Nacht zum 18. d. M. fiel der Hausbesitzer Schwarz, als er nach seiner im Hochparterre des Hauses Elisenstraße 66 belegenen Wohnung zurückkehrte, die Treppe nach dem Flur hinab und verfiel am 18. Nachmittags infolge des erlittenen Schädelbruchs. — Zu derselben Zeit fiel ein unbekannter Mann, als er vor dem Hause Französischestr. 56 einen in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen besetzen wollte, rücklings von demselben herunter und erlitt so schwere Verletzungen am Kopfe, daß er nach der Charité gebracht werden mußte. — Am Laufe des Tages fanden sechs kleinere und zwei größere Brände statt. Letztere Noonstr. 2 und Alte Jakobstr. 10. Raonstraße 2 brannte der Dachstuhl des Vorderhauses, des Seitenflügels und des Quergebäudes und Alte Jakobstr. 10 die Dachkonstruktion des Quergebäudes. Bei letzterem Brande fiel ein Spritzenmann beim Einschlagen des Daches auf ein tiefer gelegenes Glasfenster und wurde durch das Nachbargrundstück herab und misste, scheinbar schwer verletzt, nach dem Krankenhaus gebracht werden. — In der Nacht zum 16. d. M. brachte sich ein Mann in der Wohnung eines nächsten Morgen nach dem Anaxial-Krankenhaus gebracht. — Zu derselben Zeit vergiftete sich ein Mann in einer Schankwirtschaft in der Kochstraße mittelst Stroginin und verlor bald darauf bei der Ueberführung nach der Sanitätswache. — In der Nacht zum 16. d. M. verlor ein Mann in seiner Wohnung in der Schöneleustraße aus Lebensüberdruß sich mittelst Kohlenbunt zu vergiften. Dies wurde jedoch noch rechtzeitig enttdeckt und er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Am 15. d. M. und in der darauf folgenden Nacht fanden 3 Brände statt. Außerdem wurde die Feuerwehr in der Nacht zum 16. d. M. nach Reinickendorf gerufen, wo ein Wohnhaus in Brand gerathen war. Bei den Löscharbeiten wurde ein Oberfeuermann so bedeutend im Gesicht verletzt, daß er nach dem Augustin-Hospital gebracht werden mußte.

Gerichts-Beitrag.

Der Prozeß gegen die Mitglieder der Streikkommission der Möbelpolsterer, Lindner, Bud, Fabs, Reslid und Kurth, in welchem J. S. das Schöffengericht in erster Instanz ein freisprechendes Urtheil gefällt hatte, gelangte gestern vor des h. Straßengericht Landgericht I nochmals zur Verhandlung, da gegen das freisprechende Urtheil seitens der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden war. Die Angeklagten sind beschuldigt, durch Verurtheilung und Drohung, begangen durch zwei selbständige Handlungen, und zwar durch ein Informativ in Berliner Volksblatt, in welchem die Beschuldigten der Instrumenten-Fabrik vormalig Pletmann Söhne, unter diesen auch die selbständigen Möbelpolsterer Töpfer, diesen Arbeit zu nehmen, sowie durch einen an den Direktor Wittig gerichteten Brief, in welchem unter Hinweis auf eine von einer öffentlichen Versammlung von Berufsgenossen beschlossene Resolution auf die Solidarität der Arbeiter aller Länder, welche es ermöglichen werde, daß die Produkte der Fabrik nicht gekauft werden, die Direktion der Fabrik aufgefordert wurde, mit der

Streikkommission in Verhandlungen zu treten, gegen die Bestimmungen der §§ 152 und 153 der R.-G.-O. verstoßen zu haben. Die Mitglieder der Streikkommission hatten freie Hand, auf eigene Verantwortung alles im Interesse der Streikenden erforderliche Erscheinende selbständig zu veranlassen. Veranlasser des Informativs war Lindner, der Schreiber des Briefes Fabs. Der Staatsanwalt beantragte im Verurtheilungsverfahren gegen Lindner und Fabs als die Hauptschuldigen eine Gefängnißstrafe von je drei Monaten, gegen die übrigen Angeklagten als mit verantwortlich von je einem Monat. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Heine, plaidirte für freisprechung aller. Er wies nach, daß die Verurtheilung als „Todesstrafe“ an sich nicht beleidigend sei. Eine Verurtheilung liege nur in der Aufforderung, bei Töpfer keine Arbeit zu nehmen. Eine solche sei aber durchaus nicht beabsichtigt gewesen. Lindner habe sich nicht gegen Töpfer gewandt, sondern nur gegen die Streikenden. Der Brief des Fabs enthalte zwar eine Drohung, um den Direktor zum Eingehen auf die von den Streikenden gestellten Forderungen zu bewegen, doch sei solche nach der ganzen Vorgeschichte und auch der bisher gerichtsfällig geübten Auslegung des § 153 der Reichsgewerbe-Ordnung nicht strafbar, da die Bestimmungen des § 153 nur Anwendung finden bei Verdrangung u. von Arbeitern durch Arbeiter resp. Arbeitgeber durch Arbeitgeber, nicht aber auch bei Strafthaten von Arbeitern wider den Arbeitgeber oder umgekehrt. Durch diese staatsanwaltschaftliche Auslegung des § 153 der R.-G.-O. würde der § 152 gänzlich inaktiv gemacht und hätte dieselbe die furchtlichsten Konsequenzen. Der Gerichtshof gelangte zu der Ueberzeugung, daß Lindner beabsichtigt habe, den Töpfer durch das inkrimirierte Informativ in den Augen seiner Berufsgenossen herabwürdigend und verurtheilend zu wirken, und der § 153 nur zur Anwendung zu gelangen habe bei Vergehen gegen die Bestimmungen desselben, begangen von Arbeitern gegen Arbeiter u. s. w.

Ein schneidiger Postkellner. Ein wüthender Kampf mit einem Postkellner, welcher am 7. Juli v. J. in der Frankfurter Straße tobt, fand gestern ein gerichtliches Nachspiel vor dem hiesigen Schöffengericht. In dem gedachten Tage passirte ein Trupp Schützen die Frankfurter Straße, um sich nach dem Schützenplatz in Weihenstephan zu begeben, als der Eisenhändler Johann Hofmann, welcher mit seinem beladenen Gismagen dieselbe Straße entlang kam, direkt in den Schützenzug hinein fuhr. Natürlich entband darob allgemeiner Unwille und die Schützen riefen den gerade auf der Wilschke erscheinenden Postkellner zum Zeugen zu Hilfe. Der Letztere fiel den Pferden in die Fügel und nöthigte den Hofmann zum Herabsteigen vom Wagen zur Feststellung seiner Person. Als der Postkellner sich absetzte nach dem geeigneten Wege zur Wache erkundigte, da ein Theil der angrenzenden Straße an jenem Tage gesperrt war, schwang sich Hofmann plötzlich wieder auf den Wagen und hieb nachdrücklich auf die Pferde los. Der Postkellner sprang wieder den Pferden in die Fügel und da der Wagenführer seinen Befehlen absolut nicht nachkam, zog er seinen Degen und hieb damit Hofmann über den Kopf. Der Geschlagene geriet darüber in die höchste Wuth; er hieb nun nicht bloß auf seine Pferde los, sondern mit seiner Peitsche auch wie toll auf den Postkellner ein und fuhr dann, den letzteren mit dem Degen schneidend, frey und quer durch die Straße, bis der Beamte am Boden lag. Hofmann suchte alsdann zu entkommen, er wurde jedoch festgehalten und hatte sich nun wegen Körperverletzung zu verantworten. Der Postkellner ist infolge des Falles 14 Tage dienstunfähig gewesen. Der Staatsanwalt beantragte 1 Monat Gefängniß. Der Angeklagte gab zu seiner Verschuldigung an, daß er durch den Postkellner sehr gereizt und namentlich durch den Säbelhieb über den Kopf in die äußerste Wuth veretzt worden sei. Der Vorstehende fragte daraus den Postkellner, ob er den Angeklagten über den Kopf habe schlagen und auch treffen wollen und ob er überhaupt getroffen habe. Der Postkellner erklärte auf diese Frage: „Offentlich wird der Dieb ordentlich gefessen haben. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Friedmann hielt diese Antwort zwar für „sehr schneidig“, machte aber hiernach als Milderungsgrund doch geltend, daß der Angeklagte für den geringen Verdrang, welchen er dem Postkellner bereitet, schon seinen Lohn durch den Säbelhieb über den Kopf erhalten habe und durch letzteren bedeutend gereizt worden sei. — Der Gerichtshof schloß sich dieser Auffassung einigermaßen an, indem er auf nur 50 M. Geldbuße event. zehn Tage Gefängniß erkannte. Der Vorstehende betonte in dem Erkenntniß, daß nach Ansicht des Gerichtshofes die oben mitgetheilte Antwort des Postkellners „eine unpassende war und von einem Grob zuwege, welcher mit der Beamtenwürde nicht ganz vereinbar erscheine.“

Ein raffiniert angeführter Betrug gelangte gestern zur Kenntniß der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Im September v. J. hatte die Ehefrau des Maurers Müller von einem Abzahlungsgeschäft einen Regulator entnommen. Die Uhr ging nicht und auf die Beschwerde der Käuferin wurde ihr von dem Lieferanten die Zusage, daß die Uhr wieder abgeholt werden solle. Durch irgend einen Zufall hatte der Stadtreisende Paul Horwig hiervon Kenntnis erhalten. Er unterrichtete seinen Freund, den Stadtreisenden Carl Wust davon und schlug demselben vor, daß er im Auftrage des Abzahlungsgeschäftes den Regulator holen sollte, den sie dann gemeinsam veräußern wollten. Wust führte diesen Auftrag mit großem Geschick aus, die arglose Frau lieferte dem angeblich im Auftrage des Abzahlungsgeschäftes kommenden die Uhr aus. Sie ließ sich indessen eine Empfangsbcheinigung geben, die Wust mit einem falschen Namen unterzeichnete. Die beiden Gauner vertheilten dann die Uhr für fünfzehn Mark und theilten sich den Erlöb. Wust ließ eines Tages der Frau Müller auf der Straße in die Hände. Auf ihr Vorhalten behauptete er, daß er doch im Auftrage der Lieferanten gehandelt und die Uhr auch abgegeben habe, er erbot sich aus freien Stücken, die Frau sofort nach dem Abzahlungsgeschäft zu begleiten. Unterwegs erklärte er, schnell noch in einem Hause eine Bekleidung anrichten zu müssen. Es war ein Eckhaus, in das er hineinging. Frau Müller schöpfe Verdacht, sie hat einen Schuttmann, den zweiten Auszug des Hauses im Auge zu behalten. Nach einiger Zeit versuchte Wust auch, durch diesen Ausgang zu entweichen. Horwig hat es vorgezogen, sich einer Verhaftung durch die Polizei zu entziehen und so konnte gestern nur gegen den Angeklagten Wust verhandelt werden. Da derselbe bereits mehrfach in Justizhaue gefessen, so konnte von Zubilligung mildernder Umstände keine Rede sein, der Gerichtshof verurtheilte ihn zu anderthalb Jahren Zuchthaus.

Das Geheimniß der alten Mamfell. Ich bitte doch recht sehr, daß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wird, ich bin noch nicht verheiratet und kann meine intimsten Geheimnisse doch nicht hier vor alle sichtsliche Männeraugen veröffentlichen.“ Auf der Ankündigung bestand sich die 52jährige unverheiratete Wirtschaftlerin Marianne S., der Typus einer alten Jungfer. Vorf.: Dazu liegt durchaus keine Veranlassung vor, es handelt sich um einen einfachen Diebstahl. Sie werden Ihre Schuld doch wohl einzulösen? — Angell.: Ich bin so unschuldig wie bei Sonnenlicht zu habe die Sachen bloß im Interesse meiner Herrschaft ufbewahrt. — Vorf.: Das wird Ihnen wohl Niemand glauben. — Angell.: Wenn ich mein Geheimniß preisgeben wollte, denn würden Sie mir schon fluchen. — Vorf.: Warum wollen Sie denn nicht reden? — Angell.: Weil ich mir zu schamhaft ist. — Präf.: Nun ich muß es Ihnen überlassen. Sie waren Haushälterin bei dem pensionirten Major v. B.? — Angell.: Köchin, den Hausstand besorgte der jüdische Freiein. — Vorf.: Wie lange waren Sie dort? — Angell.: Seit dem 1. September. — Vorf.: Seit längerer Zeit

vermisste man dort Messer und Gabeln, bis sich der Verdacht auf Sie lenkte. Kurz vor Weihnachten wurde eine Nachsuchung in Ihrer Kammer vorgenommen und dort fand man in Ihrem Bette, zwischen Unterbett und Matratze versteckt folgende Gegenstände: fünf Paar Messer und Gabeln, einen überneuten Theelöffel und drei Servietten. Nun bitte ich Sie um Alles in der Welt, wie wollen Sie den Diebstahl leugnen? — Angell.: Wenn ich sprechen wollte, denn läme die Sache ganz anderr. — Vorf.: Nun, denn sprechen Sie meinetwegen nicht, aber Sie werden verurtheilt werden. — Angell.: Ich in't Gefängniß? — Vorf.: Das ist mein Dobb. — Vorf.: Ich in't mir zwar unerschuldig, wie sie sich von dem Verdachte reinigen wollen, aber ich kann Ihnen nur rathe, so sagen Sie doch, was Sie zu sagen haben. — Angell.: Kommt der auch nicht in die Zeitung? — Vorf.: Das glaube ich nicht, so wichtig wird es wohl nicht sein. — Angell.: Na, denn will ich reden, aber mir ist gerade, als wenn ich dabei stüden soll. — Vorf.: Es wird ja wohl keine Unwahrheit sein, die Sie uns aufzählen wollen? — Angell.: Aee, et is Wahrheit. Sehen Sie, Herr Gerichtshof, in 'n September hadde unser Freiein einen halben Scheffel Pfäumen jekooft und die mußte ich halb fäp, halb fäner infochen. Der Herr Major ah zu jerne Pfäumen. Nu war mir del schon mehre Male passirt, bet die Dinger nach so'n Wochen vier umschlejen un schimmelig wurden, un denn hilft allet Uffschaden nicht. Gene Pfäume, die sich nich von vorne ein halten dhut, die is für den menschlichen Wohlgeschmack verloren. Ebenso is et mit Freieinbeeren. Nos rotze Wäben. — Vorf.: Lassen Sie uns mit Ihrer Kostkunst in Ruh, Sie sollen sagen, warum Sie die Sachen in Ihr Bett legten. — Angell.: Na, denn will ich Ihnen sagen, aus Sympathie. — Vorf.: Restmüdig. — Angell.: Na, mir hat del 'ne olle Frau jefagt, die mehr weep, wie sonst enter; sie sagt, sowie die Pfäumen in'n Topp sind un mit 'ne nasse Schweine zuegebunden, dann muß diejenige, die sie jefocht hat, fünf Messer un fünf vierzinkige Jabeln nehmen un die ieder Kreuz in sein Wäbe unter't Kreuz legen, so lange sie da liegen bleiben, wird keine Pfäume nich an zu schimmeln fangen. Vorf.: Das ist ja höchst lehrreich. Was hatten denn der Theelöffel und die Servietten im Bett zu thue, gehörten die auch mit zur Sympathie? — Angell.: Del muß wohl bloß ein Versehen sein. — Der Gerichtshof wollte weder an Sympathie noch an ein Versehen glauben, sondern belegte die Angeklagte mit drei Tagen Gefängniß.

Arbeiterbewegung.

Ueber den Delegirten Tag der rheinisch-westfälischen Bergleute in Bochum veröffentlicht das „W. Z. B.“ folgende Mittheilungen:

Bochum, 15. Februar. Die heutige Delegirten-Versammlung der Bergarbeiter war von fast sämtlichen Bezirken Rheinlands und Westfalens besetzt; auch das Ruhrrevier, sowie das schlesische, das sächsische und das Saarbrücker Revier waren durch einzelne Delegirte vertreten. Nach Beilegung der den Bergwerks-Verwaltungen vorzuliegenden Forderungen, insbesondere einer solchen auf eine Lohnerhöhung von 25—40 pCt., wurde beschloffen, die fraglichen Forderungen durch je zwei Delegirte der 17 auf der heutigen Versammlung vertretenen Bezirke am nächsten Sonntag genauer formuliren zu lassen und alsdann einer am 1. März d. J. einzuberufenden Delegirtenversammlung zur endgültigen Genehmigung vorzulegen. Die Beratungen der Delegirten werden heute Nachmittag fortgesetzt.

Essen a. d. Ruhr, 15. Februar. Der „Rhein-Westf. Jtg.“ zufolge haben an der heute in Bochum stattgehabten Delegirten-Versammlung etwa 600 Bergleute, von denen die Hälfte aus Delegirten der rheinisch-westfälischen Bezirke bestand, theilgenommen. Aus Sachsen, Schlesien und Saarbrücken waren drei Delegirte erschienen. Von der Versammlung wurde folgenden Forderungen, welche in Einzelerfassungen durchberathen und einer am 1. März d. J. stattfindenden Delegirtenversammlung zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden sollen, zugestimmt: 1. Köstliche Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt. Die Schicht beginnt 5 Uhr Morgens; um 1 Uhr Mittags müssen sämtliche Bergleute ausgefahren sein. 2. Verbot von Ueberstunden, welche nur in Fällen von Gefahr gegen doppelten Lohn gestattet sind. 3. Einrichtung von Arbeiterauschüssen. 4. Wegfall der Hülfslohn und des Bagemüllens. 5. Steigender Lohn bei steigendem Gewinn. Bis zum 1. März im Bedings arbeitende Bergleute sollen einen Lohnzusatz von 25 pCt. erhalten. Dauer mit weniger als 4 M. Verdienst für die Schicht erhalten 40 pCt., solche mit mehr als 4 M. Tagesverdienst 25 pCt. Zulage. 6. Ueberweisung aller entlassenen Bergleute. 7. Erhaltung der Knappschaftskasse als Wohlfahrts-Einrichtung mit größerem Rechte der Arbeiter an der Verwaltung.

Die Veröffentlichung eines eigenen ausführlichen Berichtes behalten wir uns vor.

Soziale Ueberblick.

Warnung für Metallarbeiter! Aus Erfurt erhalten wir die Nachricht, daß dort von Agenten Arbeiter gesucht werden für eine Gewerkefabrik in Barcelona. Da aller Wahrscheinlichkeit nach diese Agenten ihre Thätigkeit auch anderwärts entfalten werden, so rathe wir den Arbeitern, bei der Annahme dieser Engagements vorerst sehr vorsichtig und zurückhaltend zu sein, bis sich Gewißheit darüber erlangen läßt, ob die deutschen Arbeiter nicht etwa dazu dienen sollen, bei einem Streik gegen ihre spanischen Arbeitsbrüder als Streikbrecher aufzumarschiren.

Alle Genossen, besonders im Ausland, die uns Auskunft geben können, ob in Barcelona in der Eisenindustrie eine Streikbewegung ausgebrochen oder in Vorbereitung ist, werden dringend um sofortige Mittheilung an die Redaktion gebeten.

Die Anschläger der Shawl- und Tischer-Reparatur von Oskar Bauer (früher Blumenthal). Mühlentstraße 111, haben infolge von Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt.

Sämmtliche Kollegen werden ersucht, sich mit ihnen solidarisch zu erklären und die betreffende Verhältnisse zu meiden.

Da wir Glasarbeiter der grünen Glashütte Charlottenburgs eine circa 10 proz. Lohnreduktion erhalten, so können wir bei den theuren Lebensmittelpreisen und Wohnungen unter keinen Umständen mit diesen Maßnahmen der Fabrikanten einverstanden sein. Kollegen! Euch allen wird noch in Gedächtniß sein, mit welcher rührenden Ausfordernungen die Fabrikanten im Vorjahr an uns herantreten, wie sie uns das ohnehin schon kümmerlich gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht mit einem Solange versuchten illusorisch zu machen, wie sie diejenigen Kollegen, welche sich ihrem Nachgeben nicht fügten, in erbarmungsloser Weise aufs Haffler warfen, deren Opfer die Kollegen in Bergedorf und Dittensen heute, nach dreimonatlicher Aussperrung, noch sind. Arbeiter, Kollegen, wohin sollt es führen, wenn wir uns der Willkür des Unternehmertums aus jede Weise mit gebundenen Händen überlassen wollen. Wenn wir nicht wollen, daß der Lohn der Glasarbeiter dem der Weber des Gulgengirges gleich gestellt wird, wenn wir weiter nicht wollen, daß wir bei noch intensiverer Ausnutzung unserer Kräfte dem völligen physischen und moralischen Siebdruck entzogen wer-

Untersuchungen über die wirthschaftliche Lage der Berliner Metallarbeiter.

I.

In den jüngst verfloffenen Jahrzehnten sind so ziemlich auf allen Gebieten menschlichen Wissens gewaltige Fortschritte zu verzeichnen gewesen. Hindernisse wurden beseitigt, die früher allem weiteren Vordringen im Reiche der Erkenntnis eine Schranke gesetzt hatten und Probleme wurden gelöst, an denen vordem aller menschlicher Scharfsinn zu Schanden geworden war. Weder die Gluthitze der Tropen noch die Polarkälte des hohen Nordens vermochte den nimmer ruhenden Forschergeist aufzuhalten. Rings um die ganze Erde sind im Laufe der letzten Jahre Stationen entstanden, auf welchen von Sachverständigen alle Vorgänge im Luftmeer und darüber hinaus die Bewegungen der Himmelskörper aufmerksam beobachtet werden. Aber nicht nur in die Höhe, sondern auch in die Tiefe ist der Forschergeist gedrungen. An besonders geeigneten Orten sind Gelehrte beschäftigt, der Mutter Erde an den Puls zu fühlen, um Kenntniss über das Wesen der Kräfte zu erlangen, die im Erdinnern eine Rolle spielen. In diesen rationären Beobachtungspunkten der verschiedensten Art kommen die wissenschaftlichen Expeditionen, welche mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit ausgerüstet sind und hinausziehen, um vielleicht selten wiederkehrende Vorgänge im Untergrund zu studieren, oder um die Geheimnisse der Tiefe zu ergründen. Aber seltsam! Während man die physikalischen Eigenschaften der Kräfte studirt oder den Schlamm des Meeres mit dem Mikroskop durchmustert, ist die offizielle Wissenschaft bisher behutsam an einem Gebiet vorbeigegangen, das unerforschter ist als Zentral-Afrika oder das Innere Grönlands. Und dieses Gebiet ist nicht erst durch weite und beschwerliche Reisen zu erreichen, sondern es liegt nahe, so nahe, daß Jeder täglich Gelegenheit hätte, Studien zu machen, wenn die Sache nicht gar zu alltäglich wäre. Man verlangt allerdings von jedem gebildeten Menschen, daß er in allgemeinen Umrissen die Geographie kenne, welche im Weltall regieren, aber vom Bau und Leben des sozialen Körpers braucht er nichts zu verstehen. In für Tausende von schwer gelehnten Männern bleibt die sie umgebende menschliche Gesellschaft für alle Zeit ein Buch mit sieben Siegeln. Von hoher Stelle ist zwar für den Forderung, der jetzt von allen Seiten gegen die Sozialdemokratie unternommen werden soll, die Parole ausgegeben worden, man müsse dem Volke zeigen, was wahr, was wirklich vorhanden ist. Nur schade, daß gerade das Deutsche Reich bisher in dieser Beziehung so gar nichts gethan und sich von den umgebenden „wildem“ Völkern hat überflügeln lassen. Deutschland hat keine solchen Beobachtungsstationen, genannt arbeitsstatistischeämter, aufzuweisen, wie sie Amerika, England und die Schweiz besitzen, und seine Untersuchungs-Kommissionen, welche es ausstaudt, wenn sich ganz besonders krankhafte Zustände an Gesellschaftskörper bemerkbar machen (siehe den großen Bergarbeiterstreik) waren in jeder Hinsicht Kommissionen wie sie nicht sein sollen. Unter solchen Umständen wird freilich weiter nichts übrig bleiben, als daß die Arbeiter immer wieder selbst Hand an Werk legen und mit der Fackel der Wissenschaft die Abgründe der kapitalistischen Gesellschaft durchleuchten. Moge das Material, welches durch die Engländer der Arbeiter gewonnen wird, auch noch so mager sein, besser ist es immer noch, als gar kein. So ist auch der „Allgemeine Metallarbeiter-Verein für Berlin und Umgegend“ der Pflicht jeder Arbeiterorganisation, arbeitsstatistische Aufnahmen zu machen, gerecht geworden. Groß waren die Schwierigkeiten, welche der Verein bei dieser Arbeit zu überwinden hatte. Und zwar waren es weniger äußere Schwierigkeiten, die dem in aller Stille betriebenen Unternehmen entgegentraten, sondern die Hauptschwierigkeit lag in dem Mangel jedes Verständnisses über den hohen Werth arbeitsstatistischer Aufnahmen bei einem großen Procentsatz der Berliner Metallarbeiter.

Dieser Umstand hat die Aufnahmen bedeutend verzögert, aber auch den Beweis geliefert, daß nur mit gut organisirten und gründlich durchgebildeten Massen auf dem Gebiete der Arbeitsstatistik Ersprießliches geleistet werden kann. Von den ausgearbeiteten 15 000 Fragebogen ist nur etwas mehr als ein Drittel zurückgekommen, aber was zurückgekommen ist, genügt in Verbindung mit den sonstigen Erhebungen vollständig, um einen Ueberblick über die Lage der Berliner Metallarbeiter zu gewinnen. Allerdings in einer Hinsicht können die gewonnenen Resultate keinen Anspruch auf allgemeine Gültigkeit machen. Es war nur die Elite der Berliner Metallarbeiter, die sich an der Aufnahme betheiligte, es waren die geistig Regsamsten und daher auch in ihrem Fach fleißigsten und Geschicktesten. Die Ergebnisse mußten daher notwendig zu rosig ausfallen. So würde beispielsweise bei den Schlossern ein weit niedrigerer Lohnsatz, als gesehen, ermittelt worden sein, wenn neben den Schlossern, die in den größeren Fabriken arbeiten, auch diejenigen der kleineren Werkstätten, und vor allem wenn auch die schlecht bezahlten Wandschlosser sich zahlreich an der Statistik betheilig hätten. Am wie viel die Resultate tiefer herabgedrückt worden wären, wenn auch die breite Mittelschicht sich an der Aufnahme betheilig hätte, läßt sich nur annähernd schätzen, aber nicht genau bestimmen. Die Aufnahmen beschäftigten sich mit der Dauer der täglichen Arbeitszeit, der Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, mit dem im Lohn, sowie im Afford erzielten Durchschnittsverdienst, mit dem durchschnittlichen Lebensalter, mit dem Strafgeburtenverweise, mit den sanitären Zuständen in den Fabriken, mit den für die Arbeiter geschaffenen Wohlfahrts-Einrichtungen u. s. w. und erstreckten sich auf das erste Halbjahr von 1890, umfaßten also eine Periode der Prosperität, was in Verbindung mit dem schon erwähnten Umstande, daß nur die tüchtigsten unter den Metallarbeitern sich an der Aufnahme betheilig hatten, stets im Auge behalten werden muß. Was zunächst die Dauer der täglichen Arbeitszeit betrifft, so betrug dieselbe bei dem Gros der Metallarbeiter durchschnittlich 10 Stunden weniger einige Minuten. Eine Ausnahme machten nur die Metallarbeiter mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden, die Mechaniker und Bisseure mit einer solchen von 9, und die Graveure mit einer solchen von 8 1/2 Stunden. Bedenkt man, daß gerade in der Metallindustrie die Arbeitstheilung weit vorgeschritten, die ganze Arbeitsweise durch Anwendung zahlreicher Hilfsmaschinen eine äußerst intensive ist, so ergibt sich, daß die durchschnittliche Arbeitszeit der Metallarbeiter eine entschieden zu lange ist. Dazu kommt, daß diese an sich schon zu lange Arbeitszeit beständig überschritten wird. Von den Schlossern hielten nur 29 1/2 pCt. die normale Arbeitszeit inne, während 20 1/2 pCt. regelmäßig 4 1/2 Ueberstunden arbeiteten. Fernere 44 pCt. arbeiteten nach Bedarf Ueberstunden, doch war auch hier in den meisten Fällen die Ueberstundenarbeit eine solche, daß sie als „fast regelmäßige“ bezeichnet werden mußte. Die Zahl der täglichen Ueberstunden schwankte zwischen einer und vier Stunden. Auch die Sonntagsarbeit fand in voller Blüthe. So arbeiteten 5 pCt. der Schlosser regelmäßig, und 41 pCt. nach Bedarf Sonntags. Die Sonntagsarbeit betrug im günstigsten Falle vier, im un-

günstigsten Falle 10 Stunden. Dieser starken Ueberschreitung der normalen Arbeitszeit lagen verschiedene Ursachen zu Grunde. In erster Linie wurde geltend gemacht, daß in sehr vielen Fällen der pro Stunde gezahlte Lohnsatz ein so niedriger sei, daß die Schlosser gerade darauf angewiesen seien, länger zu arbeiten, um einen Verdienst zu erzielen, der zur Befriedigung der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse notwendig sei. Die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit ist daher in zahlreichen Fabriken, speziell für die Lohnarbeiter, zu einer festen Regel geworden, der sich jeder Neueintretende unterwerfen muß, wenn er nicht baldige Entlassung riskiren will. Gefördert wird dieser Anlauf der Ueberstundenarbeit noch durch den Umstand, daß in vielen Fällen die Herren Meister für geleistete Ueberstunden eine ziemlich hohe Extra-Vergütung erhalten, was dieselben veranlaßt, die Ueberstundenarbeit ganz besonders zu kultiviren. Aus diesem Grunde war selbst in der Fabrik von Siemens u. Halske, die nach verschiedenen Seiten hin relativ günstige Verhältnisse aufzuweisen hatte, die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit so allgemein üblich geworden, daß sich endlich Herr Siemens veranlaßt sah, wenigstens die Sonntagsarbeit durch ein Nachtwort zu beenden.

Etwas günstiger lagen die Verhältnisse bei den Eisen- und Metallarbeitern, da von denselben 47 pCt. die normale Arbeitszeit innehielten, während 44 pCt. nach Bedarf und 9 pCt. regelmäßig Ueberstunden arbeiteten. Noch seltener war die Sonntagsarbeit, indem 3 pCt. der Dreher regelmäßig und 9 pCt. bedarfsweise Sonntags arbeiteten. Ohne Zweifel hat hier der Umstand bestimmend eingewirkt, daß die Dreher weit mehr als die Schlosser von den Betriebsmaschinen abhängig sind, und daß diese letzteren mit Rücksicht auf polizeiliche Vorschriften u. s. w. nur ausnahmsweise Sonntags in Thätigkeit gesetzt werden, während die Schlosser, sofern ihre Arbeit nur nicht zu geräuschvoll ist, einzeln und unabhängig vom ganzen Betriebe arbeiten können. Von den Klempnern hielten 46 pCt. die normale Arbeitszeit inne, während 48 pCt. nach Bedarf und 2 pCt. regelmäßig Ueberstunden arbeiteten. Sonntags arbeiteten 2 pCt. der Klempner regelmäßig und 44 pCt. nach Bedarf.

Von den Branchen, welche den Schwankungen der Saison unterworfen sind, hatten die Dreher noch die relativ günstigsten Verhältnisse aufzuweisen. Von denselben arbeiteten 56 pCt. normale Zeit, 44 pCt. arbeiteten nach Bedarf Ueberstunden und 33 pCt. arbeiteten nach Bedarf Sonntags. Als echte Saisonarbeiter zeigten sich jedoch die Gärtler, indem nur 26 pCt. derselben eine normale Arbeitszeit innehielten, während 76 pCt. zeitweise Ueberstunden machten und 66 pCt. Sonntags arbeiteten. Nach Schluß der Saison arbeiteten allerdings 55 pCt. der Gärtler wieder unter der normalen Zeit, während von den Drechern 44 pCt., von den Klempnern 38 pCt., von den Drechern 17 pCt. und von den Schlossern nur 9 pCt. eine zeitweise Verstärkung der Arbeitszeit zu verzeichnen hatten. Von den Formern hielten 58 pCt. die normale Arbeitszeit inne, während 30 pCt. nach Bedarf und 12 pCt. regelmäßig Ueberstunden arbeiteten. Von den Mechanikern hielten 66 pCt. und von den Bisseuren 40 pCt. die normale Arbeitszeit inne. Von den Hilfsarbeitern arbeiteten 32 pCt. normale Zeit, 34 pCt. arbeiteten regelmäßig und 34 pCt. nach Bedarf Ueberstunden. Sonntags arbeiteten 42 pCt. der Hilfsarbeiter. Für die geleisteten Ueberstunden wurde in allen Branchen in der Regel nur der gewöhnliche Lohn gezahlt; die wenigen Fälle, in denen für Ueberstunden und Sonntagsarbeit ein höherer Lohnsatz gewährt wurde, befähigten als Ausnahme nur die Regel.

Die ausgedehnte Ueberarbeit der in Arbeit stehenden Metallarbeiter mußte naturgemäß zahlreichen Verfassungsklagen die Möglichkeit rauben, Beschäftigung zu finden. Es fehlten daher alle Branchen ein bedeutendes Kontingent zur industriellen Lieferarmee. Von den Schlossern waren im vorausgegangenen Jahre, also 1889, trotz des guten Geschäftsganges 26 pCt. längere oder kürzere Zeit arbeitslos gewesen, und zwar betrug im Durchschnitt bei jedem der Feiernden die unfreiwillige Waise 57 Tage. In derselben Zeit waren arbeitslos gewesen von den Drechern 26 pCt. mit einer Durchschnittspause von 48 Tagen, von den Klempnern 27 pCt. mit einer Durchschnittspause von 40 Tagen, von den Gärtlern 36 pCt. mit einer Durchschnittspause von 55 Tagen, von den Drechern 41 pCt. mit einer Durchschnittspause von 63 Tagen, von den Formern 24 pCt. mit einer Durchschnittspause von 55 Tagen, von den Gelbgießern 10 pCt. mit einer Durchschnittspause von 38 Tagen, von den Zinngießern 50 pCt. mit einer Durchschnittspause von 40 Tagen, von den Keramachern 14 pCt. mit einer Durchschnittspause von 36 Tagen, von den Mechanikern 50 pCt. mit einer Durchschnittspause von 27 Tagen, von den Graveuren 50 pCt. mit einer Durchschnittspause von 36 Tagen, von den Bisseuren 44 pCt. mit einer Durchschnittspause von 42 Tagen und von den Hilfsarbeitern, unter dieser Rubrik hier wie überall, nur von den Hilfsarbeitern die Rede ist, auch die Bohrer, Hobler, Fräser, Feisler, Schnittarbeiter u. s. w. mit einbezogen sind, 33 pCt. mit einer Durchschnittspause von 66 Tagen. Im Gesamtdurchschnitt waren also im Jahre 1889 33 pCt. sämtlicher Metallarbeiter 48 Tage außer Arbeit.

In wie weit die Berufstätigkeit der Metallarbeiter den Lebensbedarf deckt, wie lange also die Metallarbeiter Aussicht haben, in dieser besten der Welten sich abzurufen, auf diese hochwichtige Frage gab die Statistik folgende Auskunft: Das durchschnittliche Lebensalter betrug bei den Schlossern 29 1/2 Jahre, bei den Drechern 29 Jahre, bei den Klempnern 29 1/2 Jahre, bei den Gärtlern 26 1/2 Jahre, bei den Drechern 29 1/2 Jahre, bei den Formern 29 Jahre, bei den Gelbgießern 25 Jahre, bei den Zinngießern 30 Jahre, bei den Keramachern 25 1/2 Jahre, bei den Mechanikern 24 1/2 Jahre, bei den Graveuren 23 1/2 Jahre, bei den Bisseuren 24 1/2 Jahre und bei den Hilfsarbeitern 29 Jahre. Wie aus dieser Tabelle ersichtlich ist, haben die Metallarbeiter wenig Hoffnung, jemals Reichspensionäre zu werden. Nur Vereinzelt werden in die Lage kommen, die berühmten 33 Pf. pro Tag verfrachten zu können. Von den Schlossern waren beispielsweise 14 pCt. zwischen 17 und 20 Jahren alt, 49 pCt. waren zwischen 20 und 30 Jahren alt, 29 pCt. waren zwischen 30 und 40 Jahren alt, 7 pCt. waren zwischen 40 und 50 Jahren alt, 1 pCt. war zwischen 50 und 60 Jahren alt, zwischen 60 und 65 Jahren waren einige Wenige und über 65 Jahre alt war Niemand!

Betrachten wir nun den erzielten Verdienst, so betrug derselbe durchschnittlich pro Stunde im Lohn bei den Schlossern 36 Pf., bei den Drechern 35 Pf., bei den Klempnern 34 Pf., bei den Gärtlern 36 Pf.; bei den Drechern 33 Pf., bei den Formern 32 Pf., bei den Gelbgießern 35 Pf., bei den Zinngießern 30 Pf., bei den Keramachern 32 Pf., bei den Mechanikern 34 Pf., bei den Graveuren 33 Pf., bei den Bisseuren 40 Pf. und bei den Hilfsarbeitern 31 Pf.

Im Afford belief sich der durchschnittliche Verdienst pro Stunde bei den Schlossern auf 48 Pf., bei den Drechern gleichfalls auf 43 Pf., bei den Klempnern auf 37 Pf., bei den Gärtlern auf 39 Pf., bei den Drechern auf 42 Pf., bei den Formern auf 44 Pf., bei den Gelbgießern auf 38 Pf., bei den Zinngießern auf 42 Pf., bei den Keramachern auf 37 Pf., bei den Mechanikern auf 44 Pf., bei den Graveuren auf 43 Pf., bei den Bisseuren auf 42 Pf., und bei den Hilfsarbeitern auf 35 Pf. Der durchschnittliche Verdienst sämtlicher Metallarbeiter betrug daher im Lohn 35 Pf. im Afford 41 Pf. Angenommen, daß die Metallarbeiter die Hälfte der Zeit im Lohne, die andere Hälfte im

Afford arbeiteten, so würde dies einen absoluten Durchschnittsverdienst von 38 Pf. pro Stunde ergeben, was bei 300 Arbeitstagen, abzüglich der auf jeden Metallarbeiter entfallenden 16tägigen Pause einen Jahresverdienst von 1080 Mark gleichmäße.

Die Auszahlung des Lohnes erfolgte bei den Klempnern, Gärtlern und Drechern mit wenig Ausnahmen wöchentlich. Von den Schlossern, Drechern, Formern, Mechanikern und Hilfsarbeitern hatten ca. 84 pCt. wöchentliche, und ca. 16 pCt. 14tägige Lohnzahlungen. Ein besonderes Kapitel bildet das Einbehaltende verdienten Lohnes von Seiten der Fabrikanten. In dieser Hinsicht leistete speziell die bekannte Fabrik von Schwarzkopf, von der noch später die Rede sein wird, ganz Bedeutsames, indem sie ihren Arbeitern einen vollen Wochenverdienst einbehält. Bei einem Arbeiterpersonal von ca. 1500 Köpfen ergiebt dies für die gedachte Fabrik ein unverzinsliches Betriebskapital von mindestens 80 000 M.

Von den Schlossern erhielten nur 9 pCt. den Wochenverdienst voll ausgezahlt, bei 13 pCt. wurde der Verdienst von einem Tage, bei 32 pCt. wurde der Verdienst von 2 Tagen, bei 40 pCt. wurde der Verdienst von 3 Tagen, bei 2 pCt. wurde der Verdienst von 4 Tagen und bei 4 pCt. wurde der Verdienst von 6 Tagen einbehalten. Von den Drechern erhielten 12 pCt. den vollen Wochenverdienst ausgezahlt, während bei 16 pCt. 1 Tag, bei 41 pCt. 2 Tage, bei 15 pCt. 3 Tage und bei 18 pCt. bis 6 Tage einbehalten wurden. Die Klempner, die noch vorwiegend in Kleinbetrieben beschäftigt sind, hatten weniger unter diesem Uebelstande zu leiden, da von ihnen 42 pCt. den vollen Wochenverdienst ausgezahlt bekamen. Bei 49 pCt. der Klempner wurde 1 Tag, bei 7 pCt. wurden 2 Tage und bei 2 pCt. wurden 3 Tage einbehalten. Noch günstiger lagen die Verhältnisse bei den Drechern, da von denselben 58 pCt. den vollen Wochenverdienst ausgezahlt bekamen, während bei 37 pCt. 1 Tag, bei 4 pCt. 2 Tage und bei 1 pCt. 3 Tage einbehalten wurden.

Von den Gärtlern erhielten 27 pCt. den vollen Wochenverdienst ausgezahlt. Bei 37 pCt. der Gärtler wurde 1 Tag, bei 31 pCt. wurden 2 Tage und bei 5 pCt. wurden 3 Tage einbehalten.

Bei den Formern, Mechanikern u. s. w. lagen die Verhältnisse wie bei den Drechern.

Von den Hilfsarbeitern erhielten 22 pCt. den vollen Wochenverdienst ausgezahlt, während bei 18 pCt. 1 Tag, bei 14 pCt. 2 Tage, bei 38 pCt. 3 Tage, bei 2 pCt. 4 Tage und bei 6 pCt. 6 Tage einbehalten wurden.

Dieselbe Unternehmer-Billigkeit, welche sich hier bei dem Einbehaltenden verdienten Lohnes zeigt, machte sich auch geltend bei der Normirung und bei dem Eintreiben der Strafgeelder. Von den Schlossern fanden nur 28 pCt. in einem Arbeitsverhältniß, in dem keine Strafen üblich waren. 72 pCt. der Schlosser mußten Strafen in verschiedener Höhe zahlen und zwar 16 pCt. in Höhe von 10 Pf., 30 pCt. bis zur Höhe von 25 Pf., 8 pCt. bis zur Höhe von 50 Pf., 7 pCt. bis zur Höhe von 1 M., 5 pCt. bis zur Höhe von 3 M., 16 pCt. bis zur Höhe von 6 M., und 18 pCt. Strafgeelder bis zu unbestimmter Höhe, darunter solche bis zu 10 M. Dabei wußten von den Schlossern 18 pCt. nicht, wer die Strafgeelder verwaltete und 34 pCt. vermochten nicht anzugeben, zu welchen Zwecken sie verwendet wurden. Von den Drechern zahlten 34 pCt. keine Strafgeelder, 31 pCt. zahlten Strafgeelder in Höhe von 10 Pf., 20 pCt. zahlten Strafgeelder bis zur Höhe von 25 Pf., 7 pCt. zahlten Strafgeelder bis zur Höhe von 50 Pf., 4 pCt. zahlten Strafgeelder in Höhe bis zu 3 M. und 4 pCt. zahlten Strafgeelder in Höhe bis zu 10 M. Von den Drechern vermochten 30 pCt. nicht anzugeben, zu welchen Zwecken die Strafgeelder verwendet wurden. Während bei den Formern, Mechanikern u. s. w. auch hier die Verhältnisse wieder ähnlich liegen wie bei den Schlossern und Drechern, nehmen die Klempner, Gärtler und Arbeiter bei dem Kapitel der „Bußen“ eine Ausnahmestellung ein. Begünstigt durch den Umstand, daß in diesen drei Branchen der Klein- und Mittelbetrieb noch zahlreich vorhanden ist, hat das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer hier noch nicht vollständig alles Menschliche verloren. Die Strafen sind daher selten und von geringer Höhe. Ganz anders bei dem Großbetrieb, wo der Arbeiter als Mensch verschwindet, wo er zu einer Sache, zu einem Mädchen wird, welches sich bedingungslos dem Ganzen einzuflügen hat. Hier herrscht das „Du sollst“ und „Du mußt“ in seiner ganzen Brutalität, daher die zahlreichen und die hohen Strafen. Von den Klempnern befanden sich 81 pCt., von den Gärtlern 62 pCt. und von den Drechern 63 pCt. in Arbeitsverhältnissen, in denen keine Strafen billirt wurden. Es zahlten Strafen von den Klempnern: 18 pCt. bis 10 Pf., 19 pCt. bis 25 Pf. und 2 pCt. bis 50 Pf. Von den Gärtlern: 25 pCt. bis 10 Pf., 9 pCt. bis 25 Pf., 2 pCt. bis 50 Pf. und 2 pCt. bis 1 M. Von den Drechern: 25 pCt. bis 10 Pf., 10 pCt. bis 25 Pf., 1 pCt. bis 50 Pf. und 1 pCt. bis 1 M. Von den Klempnern vermochten 18 pCt., von den Gärtlern 50 pCt. und von den Drechern 4 pCt. nicht anzugeben, zu welchen Zwecken die Strafgeelder verwendet wurden. Bei den „Arbeitern der Zukunft“, den Hilfsarbeitern, die vorwiegend im Großbetrieb beschäftigt werden, treten uns wieder andere Zahlen entgegen, da von denselben nur 37 pCt. keine Strafen zahlten, während 13 pCt. bis 10 Pf., 15 pCt. bis 25 Pf., 11 pCt. bis 50 Pf., 1 pCt. bis 1 M., 2 pCt. bis 3 M., 19 pCt. bis 6 M. und 2 pCt. Strafen bis zu unbestimmter Höhe zahlten. 23 pCt. der Hilfsarbeiter vermochten nicht anzugeben, zu welchen Zwecken die Strafgeelder verwendet wurden.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Berlin. Am Sonnabend, den 31. Januar, fand eine öffentliche Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins im Schötenhaus statt. Es wurde Bericht aus der Stadtverordneten-Versammlung über den Antrag des Arbeiter-Bildungsvereins gegeben. Der Vorsitzende schilderte kurz, wie sich die Stadtverordneten der dritten Wählerklasse dem Antrag gegenüberstellten, und wie mit Ausnahme eines einzigen Stadtverordneten, welcher den Antrag vertrat, die Stadtverordneten-Versammlung zur Tagesordnung überging. Der Vorsitzende verlas nun folgenden Antrag: An einen Hochwohlwollenden Bezirksauschuss des Kreises Niederbarnim. Untern 20. Dezember 1890 beantragte der hiesige Arbeiter-Bildungsverein bei einem wohlwollenden Stadtverordneten-Kollegium, das Bürgerrecht, insbesondere das Wahlrecht zu den Kommunalwahlen auszudehnen auf solche Einwohner, welche zur ersten Klassensteuerpflicht verpflichtet sind. Dieser Antrag wurde in öffentlicher Stadtverordneten-Versammlung am 9. Januar 1891 unter der Motivirung der Ungefügigkeit (nach der Städte-Ordnung) abgelehnt. Am 31. Dezember 1891 fand eine öffentliche Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt, welche von ungefähr 300 Personen besucht war; in derselben wurde einstimmig beschloffen, den obigen Antrag an einen hochwohlwollenden Bezirksauschuss mit nachstehender Begründung einzubringen: Von einer Ungefügigkeit bei Annahme des obigen Antrages kann keine Rede sein, da nach § 11 der Städte-Ordnung

